

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 RM, monatlich 1,00 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,50 RM pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Arcusbogen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.
 Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstündige Kolonelleitung über dem Raum 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 10 Pf. (zweiwöchentlich 20 Pf. gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Sonntag, den 23. Juli 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Wirtschaftslage am Schlusse des zweiten Kriegsjahres.

Uns wird geschrieben:
 Die Kriegswirtschaftskonjunktur macht ihren eigenen Kreislauf durch. Mit dem Kriegsausbruch trat eine plötzliche und sehr starke Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit ein; allmählich passte sich aber die Industrie den neuen Bedürfnissen an, es setzte eine Kriegskonjunktur ein, die in den Zentralmächten, die früher mit der Reorganisation der Industrie begonnen haben, etwa im vorigen Sommer ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte. Vielleicht am besten spiegelt die Eisenproduktion die Kriegskonjunktur wieder. Obgleich die Nachfrage gerade nach Eisen besonders lebhaft sein muß, hat sich die Hoheisenherzeugung in Deutschland seit Juli vorigen Jahres nur wenig gehoben. Der Stahlwerksverband war 1915/16 sogar noch geringer als 1914/15, nämlich 3,24 Millionen gegen 3,39 Millionen Tonnen Rohstahlgewicht. Auf anderen Gebieten liegen die Verhältnisse naturgemäß noch ungünstiger. So wird der „Frankfurter Zeitung“ aus München-Grabbach vom 13. Juli geschrieben:

„In den letzten drei Monaten hat sich die Lage der deutschen Baumwollindustrie recht ungünstig gestaltet. Nachdem die Vorschriften bezüglich der Verwendung von Baumwolle, Baumwollabfällen schon im verflochtenen Herbst und Winter zur Durchführung gelangten und diese Rohstoffe hauptsächlich für den Seeresbedarf noch Verwendung finden durften, wurde das Geschäft im freien Verkehr schon stark beeinträchtigt. Die letzten Verfügungen betr. Erzeugung und Festlegung der Höchstpreise, welche am 1. April 1916 in Kraft traten, sind für die gesamte Baumwollindustrie von einschneidender Bedeutung gewesen; der Handel und die Erzeugung im freien Verkehr haben fast ganz aufhören müssen.“

Der Korrespondent führt dann die Tatsache des Preisrückganges in New York und in London an und bringt sie sonderbarerweise mit der deutschen behördlichen Verordnung in Zusammenhang. Die Ursachen liegen aber viel tiefer. Denn nicht nur die Baumwollpreise haben in der letzten Zeit nachgelassen, sondern auch die Preise der anderen Waren. So ist der Stahlpreis in Amerika von 45 Cents pro amerikanisches Pfund auf 41 Cents zurückgegangen. Der Metallmarkt hat sogar eine solche Erschütterung erfahren, daß man beinahe von einem Zusammenbruch sprechen kann.

So betrug der Kupferpreis in Amerika vor dem Kriegsausbruch 13 1/2 Cents pro 1 Pfund, Mitte Mai dieses Jahres aber 27 1/2-30 Cents und Mitte Juli nur 25-29 Cents; der Zinkpreis, der sich vor dem Kriege auf 5,1 Cents stellte, erreichte Mitte Mai die Höhe von 18-19 Cents und sank neuerdings auf 9,5 Cents pro 1 Pfund zurück. Nach dem Londoner „Economist“ ist der Preisindex für Textilien von Ende Mai bis Ende Juni von 805 auf 794 und für Mineralien von 942 gar auf 895 gesunken.

Diese Preisbewegung kann vielleicht auf zufällige Momente zurückzuführen sein. Denkbar ist es aber auch, daß ein gewisser Stillstand in den Kriegsaufträgen eingetreten ist. Tatsächlich zeigt die amerikanische Hoheisenproduktion zum ersten Male seit Ende 1914 eine kleine Abnahme. Sie stellte sich im Juni auf 3,21 Millionen Tonnen gegen 3,35 Millionen im Mai; ebenso haben sich die unerledigten Aufträge des Stahlwerks vermindert und zwar von 9,94 Millionen Tonnen Ende Mai auf 9,64 Millionen Tonnen Ende Juni. Entweder die Entente hofft, noch in diesem Jahre den Krieg zu beendigen, und wartet mit weiteren Aufträgen ein wenig ab, oder die allgemeine Wirtschafts- und Finanzlage gestattet ihr nicht mehr, die Kriegswirtschaft in dem Maße wie bisher weiter zu treiben. Auf jeden Fall darf man wohl annehmen, daß die Kriegskonjunktur auch in den Vierverbands- und neutralen Ländern ihren Höhepunkt überschritten hat.

Eine völlig sichere Prognose der Kriegskonjunktur läßt sich allerdings nicht geben. Es sind aber Zeichen vorhanden, die auf eine Erbschöpfung nicht nur der kriegsführenden Länder, sondern auch der neutralen Staaten hinweisen. So ist fast überall die Anbaufläche in diesem Jahre geringer als in normalen Zeiten, in den Vereinigten Staaten sogar um 25 Proz. Die Hauptursache dürfte im Mangel an Arbeitskräften zu suchen sein. Die Einwanderung war in den Kriegsjahren gering; die Industrie war aber mit Kriegsaufträgen überhäuft, und so dürfte sich wohl auf dem Lande ein Arbeitermangel ergeben haben. Aus dem gleichen Grunde ist wohl auch die Fläche für Baumwollpflanzungen eingeschränkt worden. Auch in Indien und Ägypten ist sie bedeutend geringer als sonst, in der Hauptsache wohl darum, weil man Getreide anbauen wollte. Man kehrt also zu den Kulturen zurück, die weniger vorteilhaft, aber unter den gegebenen Verhältnissen einzig rationell sind.

Außerlich in bezug auf die Geldverhältnisse blühen die neutralen Länder. Es läßt sich auch gar nicht leugnen, daß sie gute Geschäfte machen. Die Vereinigten Staaten in erster Linie ziehen Nutzen aus dem Kriege. Betrug doch ihre Ausfuhr für das mit dem Monat Juni zu Ende gehende Handelsjahr 1915/16 nicht weniger als 4345 Millionen Dollar (18,25 Milliarden Mark gegen eine deutsche Ausfuhr von 1913 von 10,10 und eine englische von 10,7 Milliarden Mark!), was bei einer Einfuhr von 2180 Millionen einen Ausfuhrüberschuss

von 2265 Millionen Dollar (9,5 Milliarden Mark) ausmacht! Die Vereinigten Staaten sind unter den kapitalistischen Ländern sicher das an Naturgütern reichste Land der Welt. Immerhin unererschöpflich sind auch ihre Quellen nicht. Schon im dritten Kriegsjahre werden sie bei weitem nicht mehr so imstande sein, die kriegsführenden Länder mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen wie in den ersten zwei Jahren. Tatsächlich sucht auch England sich mit Getreide und so weiter aus anderen Ländern zu versorgen, indem es die Ernten in seinen Kolonien mit Beschlag belegt. Wichtiger vielleicht ist indes für die Unternehmer die Frage, was man mit den heute stark ausgedehnten Munitionsfabriken und vergrößerten Hochöfen nach dem Kriege tun wird. In den kriegsführenden Ländern hat man die Industrie einfach umgeschaltet und, obwohl der Uebergang zur Friedenszeit sicher mit großen Schwierigkeiten verbunden sein wird, er dennoch leichter als beispielsweise in den Vereinigten Staaten sich vollziehen kann, da hier wenigstens keine plötzliche gewaltige Ueberproduktion eintreten wird. Natürlich werden die Vereinigten Staaten ihre Ueberproduktionskrise rascher überwinden als die europäischen Staaten ihre Unterproduktionskrise, d. h. die Wirtschaftsschwierigkeiten, die aus dem Mangel an Kapital und Arbeitskräften entstehen werden. Immerhin werden die ersten Rückschläge des Friedensschlusses in den Vereinigten Staaten tiefergehender sein als in Europa. Darauf darf man wohl auch die starken Schwankungen des Metallmarktes zurückführen: die außerordentlich hoch hinaufgetriebenen Kriegspreise werden auf die erste Stunde von dem nahenden Frieden naturgemäß umgekehrt sehr stark sinken müssen, ein genügender Anlaß für die Börsenspekulation schon von heute. . . .

Im allgemeinen ist die Kriegskonjunktur in eine unentschiedene Zeit eingetreten und scheint nach unten zu neigen. Dafür spricht auch das Anziehen des Geldmarktes. Die Gestaltung des Geldmarktes während des Krieges verlief ganz anders als in normalen Zeiten. Gerade während der fast vollen Stokung der Produktion war der Geldmarkt steif, d. h. Geld teuer und selten. Als dann die Kriegskonjunktur einsetzte, ergab sich eine „Geldflüssigkeit“, die in manchen Orten bis heute dauert. Das war aber keine wirkliche Kapitalfülle, sondern rührte bloß daher, daß sonst in Materialien festgelegtes Kapital während des Krieges in Geldform verwandelt wurde, ohne zurück in Materialien verwandelt zu werden. Die Unterbrechung des normalen Produktionsprozesses bei rascher Liquidation der Vorräte und Abnutzung der Maschinen usw. rief die Geldflüssigkeit hervor, aus der der Staat auch seine Kriegsanleihen schöpfte. Der Krieg hat nun diese Vorräte aber rasch verbraucht, so daß auf dem Geldmarkt eine neue Verfestigung eingetreten ist. Zwar kann man nach wie vor für kurze Zeit Geld zu relativ niedrigen Zinsen borgen. Immerhin betrug der Privatdiskont im Juni 1916 schon 3-4 1/2 Proz. gegen 2 1/4-4 Proz. im Juni vorigen Jahres. In England hat sich die Bank von England sogar veranlaßt gesehen, den offiziellen Satz von 5 Proz. auf 6 Proz. hinaufzusetzen. Das zeigt, daß der Zustrom von Kapital zum offenen Markt sich verlangsamt und daß also die Vorräte, aus denen der Krieg schöpft, zur Reize gehen.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die weitere Kriegführung nun unmöglich geworden ist, sondern daraus geht nur hervor, was Helferrisch schon in bezug auf das zweite Kriegsjahr festgestellt hat, nämlich daß das Durchhalten immer schwieriger für alle wird, im dritten Kriegsjahre noch viel schwerer sein muß als im zweiten Kriegsjahre. (z)

Vom Krieg nach dem Kriege.

Ueber die Weltwirtschaftskämpfe der Zukunft äußert sich in sehr beachtenswerter Weise der Bonner Universitätsprofessor Dr. Wjgodzinski in der „Köln. Zeitung“. Indem er an die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz anknüpft, warnt er davor, diesen Beschlüssen eine übertriebene Wichtigkeit in der Weise beizulegen, daß man diese „platonischen Herzenergiehungen“, soweit sie sich auf die Zeit nach dem Kriege beziehen, für wirkliche Bindungen der Ententemächte hält. Es sei schon bezeichnend, daß nicht eine einzige der beteiligten Regierungen ihre Vertreter mit einer irgendwie gearteten Beschlussvollmacht ausgestattet hätte. Allerdings sei es den Gegnern bitter ernst, die Konkurrenz der Zentralmächte niederzuringen; allein ihre Pläne seien so wenig real durchdacht, daß man zuweilen glauben müsse, es handle sich um reinen Bluff. Allerdings seien es fast stets unverantwortliche Personen, die das Sprachrohr dieses Handelschauvinismus bilden; die Regierungen hielten sich wenigstens in der letzten Zeit etwas vorsichtiger zurück. Die Berechtigten gebiete übrigens, anzuerkennen, daß sich „auch bei den Gegnern verständigere Leute finden“. Und nicht minder müsse betont werden, daß „auch auf unserer Seite nicht durchweg Klarheit über die Folgen eines Wirtschaftskrieges herrscht“.

Prof. Wjgodzinski ist der Ansicht, daß unsere Volkswirtschaft in Zukunft durch Vorratbildung, Stärkung des Großhandels, Förderung der heimischen Produktion usw. „kriegswirtschaftlich“ eingestellt bleiben müsse. Daraus folgt aber — fährt er fort — in keiner Weise die Einkapselung in einen „geschlossenen Handelsstaat“, sei es allein, sei es in Verbindung mit unseren Allyen. Das wir in einem künftigen Kriege, nach den Erfahrungen dieser Zeit, in noch viel vollkommenerer und rascherer Weise die An-

passung an die Erfordernisse der „Selbstversorgung“ durchführen würden, unterliegt keinem Zweifel; der Kriegszustand aber ist ein anderer als der des Friedens. Wir müssen für unsere nach Zahl, Bedürfnissen und Arbeitskraft wachsende Bevölkerung eine Möglichkeit haben, überall außerhalb der Grenzen unseres Reiches Produkte abzuheben und umgekehrt Rohstoffe zu beschaffen. Auch durch eine kontinentale Vergrößerung Deutschlands würden diese doppelseitigen weltwirtschaftlichen Beziehungen keineswegs beseitigt werden können, so wenig wie durch engere wirtschaftliche Verbindung mit unseren Bundesgenossen. Wie wenig wir, im Verhältnis zu unseren Weltmarktbeziehungen, von Österreich-Ungarn an Agrarprodukten mehr als bisher erwarten und umgekehrt an dieses Land Industrieprodukte mehr als bisher absetzen zu können hoffen dürfen, hat der Leipziger Nationalökonom Guleburg eindringlich gezeigt; bezüglich der Türkei hat einer der besten Kenner, Reinhard Junge, noch vor kurzem auf das nachdrücklichste hingewiesen, daß sie in absehbarer Zeit keinen irgendwie genügenden Ertrag für die Gesamtheit etwa vorläufiger großer Absatzgebiete gewähren könne, und daß in jedem Falle unter Export in der Türkei einen Wechsel auf langes Ziel darstelle.“

Aus diesen Gesichtspunkten heraus wendet sich Professor Wjgodzinski mit energischen Worten gegen die Schwärmerie für ein sich selbst genügendes mitteleuropäisches Wirtschaftsgebiet. Wir sind selbst so oft gegen die Mitteleuropa-Schwärmerie aufgetreten, daß wir auf die einzelnen Einwendungen hier nicht einzugehen brauchen. Wir halten es aber immerhin beachtenswert, daß jetzt auch bürgerliche Nationalökonomien sich auf diesen Boden stellen, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf die Schädigungen, die die Schwärmerie der „Mitteleuropäer“ der Zukunft der deutschen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt zufügen geeignet ist.

„Es ist auf beiden Seiten“, schreibt Prof. Wjgodzinski, „oft genug dargelegt worden, daß das wirkliche Wirtschaftsleben sich in keiner Weise nach derartigen phantastischen Idealen richtet, sondern daß nach wie vor an der Stelle gekauft werden wird, wo man am besten, am billigsten, am anständigsten bedient wird. Wir sind Fälle bekannt geworden, wo jetzt schon englische Firmen auf Umwegen ihren deutschen Geschäftsfreunden mitteilten, daß sie nach dem Kriege unbedingt wieder bei ihnen kaufen würden, und sicher wird der Handelsverkehr zwischen beiden Mächtegruppen, wenn auch vielleicht auf etwas anderer Basis, sich wieder entwickeln.“

Trotzdem aber schadet diese Agitation, und zwar auf beiden Seiten, nicht wenig. Zunächst einmal wird nach dem Krieg sicherlich die Berührung bei unsern Gegnern die schlimmsten Früchte getragen haben, daß zwar nicht der deutsche Handel ausgeschlossen wird — einfach weil das den Interessen der anderen Seite selbst keineswegs entsprechen würde —; wohl aber wird der deutsche Exporthandel auf jede Weise schikaniert werden. Wir werden notgedrungen Abwehrmaßnahmen ergreifen müssen, und so wird sich Europa wirtschaftlich weiter schwächen, zur Freude der Vereinigten Staaten und Japans.

Dann aber wird durch diese stete Schürung der Leidenschaften, diese stete Vorstellung von künftigen Kämpfen, dieses fortwährende Predigen von neuen Methoden der wirtschaftlichen Schwächung, die natürlich immer wieder überboten werden, die kriegerische Leidenschaft selbst nicht wenig geschürt. . . .

Demgegenüber appelliert Prof. Wjgodzinski an die „Stimme der Vernunft“, die schließlich doch siegreich bleiben würde. Auch wir hoffen das und freuen uns, daß zur Förderung des endlichen Sieges der Vernunft aufgefordert wird. Zudem stehen wir dem Erfolg eines solchen Appells recht skeptisch gegenüber, denn wo die „Schürung der Leidenschaften“ anerkanntermaßen als Mittel der Kriegführung angesehen wird — und dies ist in allen kriegsführenden Ländern der Fall — dort bedarf die „Vernunft“ für ihre Durchsetzung schon stärkerer Druckmittel.

Die Konferenz der neutralen Sozialisten im Haag.

Haag, 19. Juli. Das Internationale Sozialistische Bureau meldet nach der „Frankf. Ztg.“:
 Die bereits berichtet, wird die Konferenz der neutralen Sozialisten am 31. Juli und den darauf folgenden Tagen im Haag stattfinden. Seit der letzten Mitteilung wurden einige Änderungen bei der Zusammenstellung der Abordnungen vorgenommen. Spanien wird nicht durch Pablo Iglesias vertreten sein, da dieser bettlägerig ist. Statt seiner werden zwei neue Mitglieder des internationalen Bureaus, nämlich Besteiro und Berdes Montenegro erscheinen. Der erstere ist Professor der Philosophie an der Universität Madrid, letzterer Lehrer für Physiologie am königlichen Athenäum in Alicante. Die spanischsprachigen Delegierten werden noch vermehrt durch das Mitglied des argentinischen Parlamentes, Repetto, der zugleich Professor an der Universität in Buenos Aires ist. Von Norwegen wird noch die Ankunft des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, Ole Dian, der bei dem letzten Generalstreik eine führende Rolle gespielt hat, gemeldet. Der andere Abgeordnete Vidnes ist leitender Redakteur des „Sozialdemokraten“. Die Abordnungen sind nun folgendermaßen zusammengesetzt: Luxemburg: Dr. Knauff, Spanien: Besteiro und Berdes Montenegro, Schweden: Branting, Dänemark: Stauning, Holland: Troelstra, van Kol und Albarda, Schweiz: Grim, die Vereinigten Staaten von Nordamerika: Hillquit oder Berger, Argentinien: Dr. Rebetto, Norwegen: Ole Dian und Vidnes. (z)

Zentraloffensive und Friedensneigung.

Der „Fürcher Post“ vom 17. Juli wird aus Berlin geschrieben:

Es ist jetzt zu verstehen, warum es in den Frühlingmonaten dieses Jahres unnützlich war, vom Frieden zu sprechen. Die sämtlichen Gegner Deutschlands rüsteten sich zum wichtigsten, wie sie hofften: entscheidenden Schlag. Um dieser Hoffnung willen ließen sie vor Verdun die Reserven Frankreichs bluten, und ertrugen den österreichischen Angriff gegen Italien. Sie verdoppelten ihre politische Tätigkeit, sammelten Munition in nie gesehenen Massen. Jeder trug zur endlich erzielten Einheit bei, was in seinen Kräften stand. Frankreich hielt den deutschen Ansturm aus, bis seine Verbündeten gerüstet waren. Rußland reorganisierte und bewaffnete ein neues Millionenheer. England übte mit methodischer Langsamkeit seine gesammelten Massen für den vernichtenden Stoß. Diesmal schien die Voraussetzungen des Sieges gegeben.

Wer sich mit solcher Anspannung aller Kräfte zur großen Probe bereitet, wird für eine Zumutung nur Hohn haben, noch vor der Probe zurückzuweichen. Niemals war die Möglichkeit einer Verständigung ferner als in den Wochen, da die beladenen Völker eine heimliche Friedensgewißheit in sich trugen; niemals war sie näher als jetzt, da statt der entscheidenden Antwort nur von neuem die Frage wie ein Herbstwind über die Seelen fährt: was nun?

Nur Unkenntnis deutscher Verhältnisse kann fragen, ob die Meinung des Reichskanzlers die Meinung der deutschen Regierung sei. Was der Kanzler öffentlich ausspricht im Reichstag, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ oder in Interviews, ist amtlich; die Antwort des englischen Unterstaatssekretärs hat daher nur Sinn, sofern sie genauere Einzelheiten fordert. Wann und in welcher Form solche Einzelheiten genannt werden können, ist freilich Sache der Regierung, das heißt des Kanzlers.

Soweit das Deutsche Reich durch den Mund seines höchsten Beamten sprach, hat es angebehalten, welches seine Friedensbedingungen sind; mit so viel Klarheit, als in währendem Krieg eben möglich ist. Diese Bedingungen behandeln unser Verhältnis zu Rußland und das zu den Westmächten als politisch getrennte Gebiete. Auch England scheint auf einem ähnlichen Standpunkt zu stehen; denn seine Staatsmänner erwähnen den östlichen Verbündeten kaum. Zwischen Deutschland und England-Frankreich aber ist die Kraftprobe gemacht. Solange die große Offensive bevorsteht, war die Abweisung aller Friedensgedanken begreiflich. Jetzt lautet die Frage: Verständigung oder Krieg im Jahre 1917 und weiter. Das stärkste Hindernis des Friedensgedankens: die Hoffnung des Verbandes auf den entscheidenden Schlag, ist in diesen Julimonaten beseitigt. (2)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. Juli. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Freitag nachmittag. Südlich der Somme unternahmen die Deutschen gegen Abend einen Gegenangriff auf die neuen französischen Stellungen südlich von Soyecourt. Das deutsche Bataillon, welches den Sturmangriff machte, wurde vom Sperrfeuer und Maschinengewehrfeuer gefaßt und stützte, nachdem es sehr schwere Verluste erlitten hatte, in Unordnung zurück. Die Nacht war auf beiden Seiten der Somme ruhig. In der Gegend von Chaumes wurde eine starke deutsche Abteilung, welche sich den Linien südlich von Mancourt zu nähern versuchte, mit dem Bajonetts zurückgeschlagen. Zwischen Soissons und Reims drangen französische Erkundungsabteilungen nach Sprengung einer Mine in einen deutschen Schützengraben nordöstlich von Vendresse ein und säuberten ihn mit Handgranaten. An der Front vor Verdun war die beiderseitige Artillerie in der Gegend von Chateaucourt und Fleury sehr tätig. Im Wasgenwald wurde ein Angriffversuch nach heftigem Geschützfeuer nördlich von Wissembach völlig zum Stehen gebracht.

Flugwesen: Am 20. Juli und in der Nacht zum 21. Juli haben französische Kampfgeschwader mehrere wichtige Punkte der deutschen Front, vor allem den Bahnhof von Conflans, Mars-la-Tour, Longuyon, Orville und die Begehrung von Ham mit zahlreichen schweren Geschossen beworfen. Da die offenen Städte Baccarat und Lunéville erneut am 17., 18. und 19. Juli von deutschen Flugzeugen bombardiert worden sind, die übrigens dort nur Sachschaden hervorriefen, so ist davon für künftige Vergeltungsmassnahmen Kenntnis genommen worden.

Paris, 22. Juli. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Freitag abend. Dem Bericht von heute nachmittag ist nichts hinzuzufügen.

Flugwesen: Ein deutscher Flugzeug warf heute früh Bomben auf Velfort. Der Materialschaden ist unbedeutend.

Belgischer Bericht. In den Abschnitten südlich Neuport und in der Umgebung von Dixmuiden ist die Tätigkeit der Artillerie auf beiden Seiten wenig lebhaft gewesen. Die belgischen Batterien haben ein Herdfeuer auf die deutschen Arbeiten bei Steenstraete eröffnet, das noch andauert.

Die englische Meldung.

London, 21. Juli. (B. Z. B.) Amtlich. General Haig meldet, daß die Schlacht zwischen der Schanze Leipzig und dem westlichen Teil des Waldes von Delville ununterbrochen fortdauert. Nördlich der Linie Baginval-Longueval sind die britischen Truppen bis zum Walde von Fourceaux vorgedrungen, aus dem sie den Feind vertrieben. Während der Nacht unternahm der Feind noch eine ausgiebige Beschließung mit Gasgranaten einen Gegenangriff, wobei es ihm gelang, wieder in den nördlichen Teil des Waldes einzudringen, aber es glückte ihm nicht, unsere Truppen aus dem südlichen Teil des Waldes zu vertreiben.

London, 21. Juli. (B. Z. B.) General Haig meldet: Verhältnismäßiges Nachlassen des Kampfes im hauptsächlichsten Kampfgebiet. Der Feind drang an einem Punkte in unsere Schützengräben an der Schanze Leipzig ein, wurde aber sofort herausgetrieben.

Ergänzender Bericht. Die allgemeine Lage ist unverändert. Die Flieger setzten gestern bei schönem Wetter ihre erfolgreichen Angriffe auf Punkte von militärischer Wichtigkeit fort. Die feindlichen Flieger waren bis zum Abend untätig; dann kam es zu vielen Kämpfen hinter den deutschen Linien. Eins unserer Angriffsgeschwader traf mit elf deutschen Flugzeugen zusammen, von denen drei abgeschossen wurden, eins davon in Flammen. Ein anderer Kampf zwischen vier britischen und sechs deutschen Fliegern dauerte 45 Minuten; ein Folter wurde abgeschossen, ein anderer im Feuer schwer beschädigt; die übrigen vier brachen das Gefecht ab. Während zahlreicher anderer Luftkämpfe wurde ein fünftes deutsches Flugzeug zum Landen gezwungen. Unser Gesamtverlust während des Tages ist ein Flugzeug. Es ist jetzt festgestellt, daß der Sturm des Feindes auf das Wäldchen von Delville auf einer Front von 2000 Yards am 18. Juli von wenigstens 18 Bataillonen unternommen wurde, die vier verschiedenen Divisionen angehörten. Die feindlichen Verluste waren entsprechend groß.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 22. Juli. (B. Z. B.) Amtlicher Nachmittagsbericht vom 21. Juli.

Westfront: An der Düna dauert der lebhafteste Artilleriekampf an. Im Raume nördlich des Zusammenflusses von Stru und Lipa stehen unsere Truppen erneut gegen den Feind vor. Er wurde auf dem Dorfe Werben und seinen vorbereiteten Stellungen südlich davon

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. Juli 1916. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Sommergebiet haben unsere Gegner nach ihrer verlustreichen Niederlage des vorhergehenden Tages gestern auf größere einheitliche Angriffe verzichtet müssen. Einzelne Teilvorstöße sind müheelos abgewiesen oder schon im Entstehen unterdrückt worden. Bei Säuberung eines Engländernestes im Fourceaux-Wäldchen machten wir einige Dutzend Gefangene und erbeuteten neun Maschinengewehre. Die lebhaftesten Artilleriekämpfe wurden mit Unterbrechungen fortgesetzt.

Nördlich von Massiges (Chamgagne) blieb heute in der Frühe ein französischer Angriff auf schmaler Front ohne Erfolg.

Beiderseits der Maas steigerte sich die Artillerietätigkeit zeitweise zu größerer Heftigkeit. Gestern früh und heute nacht schreiteren feindliche Angriffe im Frontabschnitt von Fleury.

Eine unserer Patrouillen nahm in der französischen Stellung nordöstlich von St. Die 14 Mann gefangen.

Der Flugdienst war Tag und Nacht beiderseits sehr tätig. Mehrfache feindliche Bombenangriffe haben nur geringen militärischen Schaden angerichtet, teilweise aber unter der Bevölkerung Opfer gefordert, so in Laon, wo eine Frau schwer verletzt und drei Kinder getötet wurden.

Unsere Gegner verloren 17 Flugzeuge im Luftkampf, und zwar vier südlich von Bapanne und je eins südlich von Arras, westlich von Combles und bei Roye. Leutnant Wintgens hat seinen zehnten und elften, Leutnant Höhnert seinen zehnten Gegner außer Gefecht gesetzt. Seine Majestät der Kaiser hat seine Anerkennung für die Leistungen des Oberleutnants Frhrn. v. Althaus, der bei Roye Sieger über einen französischen Doppeldecker blieb, durch Verleihung des Ordens Pour le Merite Ausdruck verliehen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Straße Ekan-Kekau trogen Braudenburgische Regimenter weiter den starken russischen Massenangriffen, die am Nachmittag wieder aufgenommen und bis spät in die Nacht fortgeführt wurden; sie sind sämtlich unter den schwersten Verlusten für den Feind zusammengebrochen.

Von der übrigen Front sind Ereignisse besonderer Bedeutung nicht zu berichten.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 22. Juli. (B. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Von gestern auf heute keine Aenderung. In der Bukowina blieben die Anstrengungen des Feindes, sich des Berges Capul zu bemächtigen, abermals erfolglos. — Die vom Gegner vorübergehend besetzte Höhe Nagura bei Tatarow wurde durch unsere Truppen zurückgewonnen. — Im Raume von Dberstyn entwickelten feindliche Erkundungsabteilungen erhöhte Tätigkeit. Bei Baratz vertrieb ein Honved-Jagdkommando einen mit Maschinengewehren ausgerüsteten russischen Hauptposten.

Die neuen Stellungen südwestlich von Veresteczko sind bezogen. Der stellenweise nachdrängende Gegner wurde abgewiesen.

Westlich vom Luc und am Stochod nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Mehrere Abschnitte der Tiroler West- und Ostfront standen gestern unter lebhaftem feindlichem Geschützfeuer. Auf den Höhen nördlich der Postua nahmen unsere Truppen einen Beobachtungspunkt in Besitz und wiesen einen starken italienischen Gegenangriff ab. Im Vorfeld der Befestigungen von Panveggia wurden Angriffe einzelner italienischer Bataillone abgewiesen. Südlich des Rolle-Passes gelang es dem Feinde, einen zu Beobachtungszwecken vorgeschobenen Stützpunkt zu nehmen.

An der Fozzo-Front stellenweise lebhafter Artilleriekampf.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Bojsna Geplänkel. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Doeber, Feldmarschalleutnant.

getroffen. Auf der Verfolgung des geschlagenen Gegners bemächtigten sich unsere Truppen der Struübergänge. Der Feind ging auf die Höhen bei Veresteczko zurück. Im Raume von Veresteczko hat sich ein Kampf entwickelt. Bis jetzt sind an Gefangenen 50 Offiziere und mehr als 1000 Soldaten gezählt. Bei diesen Kämpfen starb der tapfere Regimentskommandeur Oberst Tatarow den Heldentod. Bei Beginn der Operationen im Anfang Juni (alten Stils) hatte sich der Oberst Tatarow bei Rogin südwestlich Dubno ganz besonders ausgezeichnet. An der Spitze seines Regiments ging er unter mörderischem feindlichem Feuer rasch entschlossen durch den Fluß, griff den Feind an und zwang ihn zu regelloser Flucht.

Kaukasus: Im Raume von Djevizik gewannen unsere Truppen wieder Gelände und brachten 1 Offizier und 83 türkische Soldaten als Gefangene ein. Die Stadt Gänischpane, an der Straße Trapezunt-Erzindjan, wurde nach Kampf von uns genommen. (Nordwestlich der Stadt Keldib Chistid (60 Kilometer westlich Balburt) sigen wir 30 türkische Offiziere, 1 Regimentsarzt und 400 Soldaten, außerdem nahmen wir den Lärken einige Trainkolonnen weg. — Ein feindlicher Angriff im Raume östlich von Newanduz wurde abgeschlagen.

Petersburg, 22. Juli. (B. Z. B.) Amtlicher russischer Bericht vom 21. Juli abends.

Westfront: Nachdem die tapferen Truppen des Generals Sacharow alle Schwierigkeiten beim Passieren des jumpfigen Lipatales unter konzentrischem Feuer des Feindes überwunden hatten, warfen sie den Feind, von dem Teile bereits in Auflösung

zurückgingen. Unsere Artillerie beschloß festig die zurückgehenden feindlichen Kolonnen. Diejenigen Truppen, die die Lipa überschritten, machten gestern 1000 Gefangene und erbeuteten 10 Maschinengewehre und 4 Gebirgsgeschütze, davon 3 mit Bespannung. Die Gefangenenzahl wächst. Nach ergänzenden Berichten übersteigt die Anzahl der in den Kämpfen am 20. Juli bei dem Hebergang über den Stru nördlich der Einmündung der Lipa und weiter auf dem linken Strufer gemachten Gefangenen ganz erheblich die im Morgenbericht gemeldete Zahl. Bis jetzt wurden 2817 Soldaten und 75 Offiziere gezählt, außerdem erbeuteten wir eine große Menge Maschinengewehre und drei Geschütze.

Am 20. Juli in der Gegend von Balesputna (4 Kilometer südwestlich Kimpolung), vertrieben wir den Gegner vor einem Gebirgszuge, machten 3 Offiziere, 155 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 4 Maschinengewehre.

Seit dem Kampfe am 16. Juli auf dem Rordufer der Lipa erbeuteten wir außer der bereits in den vorhergehenden Berichten gemeldeten Gefangenenzahl und Beute 49 Maschinengewehre, 38 Bombenwerfer und Minenwerfer, dazu 80 Kisten mit Minen und Bomben, 60 Geschützlasten, 58 Kisten mit gegurteter Maschinengewehr-Munition, 3 Artilleriemunitionsdepots, von denen eins allein 35 570 Geschosse verschiedener Kaliber enthielt, ferner 5230 Granaten, eine ungeheure Menge Gewehrpatronen, ebenso wie drei Scheinwerfer, die Instrumente einer Feldmusikkapelle, Feldküchen und eine große Menge Hindernis- und Telephondraht nebst anderem Kriegsgerät.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 21. Juli. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht. Die feindliche Artillerie fuhr fort, großkalibrige Granaten auf Ala und andere Ortshäfen zu werfen. Im Estivale beschoß gestern unsere Artillerie Niba, Arco und Rovereto. Sie rief dort Feuerbrünste hervor und verhinderte durch ihre Schüsse die Löscharbeit. Im oberen Fozzinate versuchte der Gegner durch unaufhörliche Angriffe kleinerer Abteilungen unsere Truppen an dem Ausbau der erreichten Stellungen zu verhindern. Er wurde überall mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Wir bemächtigten uns anderer feindlicher Verschanzungen auf dem Nordabhänge des Monte Rajo. Die feindliche Artillerie warf zahlreiche Geschosse, die ersinkende Gase verbreiteten, gegen unsere Stellungen der Costeanapize (Hochofene), ohne Schaden anzurichten. Am Fozzo Artilleriekämpfe. Die feindliche Artillerie beschoß Monsalcone. Zur Vergeltung beschoß die unsere die Ortshäfen Doderbo, Janiano, Fionday und St. Giovanni. Cadorna.

Vom mesopotamischen Kriegsschauplatz.

London, 21. Juli. (B. Z. B.) Das Kriegsamt macht bekannt: Seit dem letzten Bericht vom 18. Juli sind aus Mesopotamien keine Ereignisse von Bedeutung zu melden. Die Hitze ist außerordentlich groß. Seit mehreren Tagen beträgt die Temperatur 120 Grad Fahrenheit im Schatten.

Vom U-Boot-Krieg.

Algier, 21. Juli. (B. Z. B.) Der Dampfer „Cettis“ vom Hafen Cettis ist in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag torpediert worden. Die Besatzung wurde gerettet.

Die Rückladung der „Deutschland“.

London, 20. Juli. (B. Z. B.) „Times“ meldet aus Washington vom 19. Juli: Die Rückladung der „Deutschland“ besetzt nach deutschen Angaben aus 400 Tonnen Nickel, 300 Tonnen Gummi und gewissen Mengen von Kupfer und Schwefelsäure. Herr Brusse von der „Deutschland“ wird hier bleiben, um über den Bau ähnlicher Unterseeboote zu verhandeln. — „Daily Telegraph“ wird aus New York berichtet, daß das Unterseeboot „Deutschland“ auf seiner Rückreise einen großen Geldbetrag mitführen wird. Die Philadelphia Marine Company hat, wie verlautet, die Versicherung des Geldes gegen Kriegsgefahr um 6 bis 10 Prozent des Wertes übernommen.

Die holländischen Reeder gegen Englands Beschlagnahme der Fischdampfer.

Haag, 22. Juli. (B. Z. B.) Hier hat eine von etwa 200 Reedern besuchte Versammlung der Reedervereinigung für niederländische Heringsfischerei stattgefunden. Anlaß gaben die aus England eingegangenen Berichte über das Ausbringen von holländischen Heringsfischbooten. Der Vorsitzende teilte mit, daß er von den Londoner Vertretern der Vereinigung Telegramme erhalten habe, wonach die britische Regierung bereits sechzig Schiffe beschlagnahmt habe und beabsichtigt, sämtliche niederländische Fischerfahrzeuge zu beschlagnahmen und vor das Prisengericht zu bringen. Die englische Regierung wolle nicht den Anlauf in Erwägung ziehen, sondern eine entsprechende Vergütung für das Verbringen der Flotte auf der Grundlage des durchschnittlichen Jahresverdienstes zahlen. Der Vorsitzende sagte, man müsse gegen die entwürdigende Behandlung, wodurch der niederländischen Heringsfischerei der freie Fischfang auf der freien Nordsee verboten werde, energisch protestieren. Auf der Versammlung herrschte eine erditterte Stimmung gegen England und mit Stimmeneinheit wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Bedrohung der niederländischen Fischer durch die britische Regierung protestiert und Freigabe der Schiffe, Schadenersatz für die erlittenen Verluste und völlige Freiheit der Fischerei gefordert wird. Diese Resolution soll zur Kenntnis des Ministeriums des Auswärtigen und der englischen Behörden gebracht werden.

Agrarische Ministerstürzer in Rußland.

Ein der russischen Regierung nahestehendes Blatt hat die Meldung gebracht, daß der Landwirtschaftsminister Kaumow einige Tage nach dem im Hauptquartier stattgefundenen Kronrat seine Demission überreicht habe, die vom Zaren angenommen worden sei. Obwohl die amtliche Bestätigung dieser Meldung noch nicht vorliegt, ist an ihrer Richtigkeit um so weniger zu zweifeln, als schon in den letzten Wochen bestimmte Nachrichten über die bevorstehende Demission des Landwirtschaftsministers als Folge tiefgehender Differenzen im Ministerrat in die Öffentlichkeit drangen. An sich würde ein neuer Wechsel in einem der russischen Ministerien zwar nicht viel bedeuten, da in der Kriegszeit ein fortwährendes Kommen und Gehen in den höchsten russischen Regierungskreisen zu verzeichnen ist, das an der allgemeinen politischen Lage nicht viel ändert. Aber die Demission Kaumows verdient schon deshalb mehr Beachtung, weil sie einerseits für die Richtung des jetzigen politischen Kurses in Rußland bezeichnend ist und andererseits das Warten jener Kreise aufdeckt, die auch in Rußland, trotz ihrer numerischen Schwäche, einen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Regierungsgeschäfte ausüben.

Was die politische Bedeutung der Demission des Landwirtschaftsministers betrifft, so ist vor allem darauf hinzuweisen, daß er sich von seinen Kollegen im Ministerrat durch eine gewisse Betonung der Notwendigkeit der „gesellschaftlichen Mitarbeit“ unter-

schied. Auch er sympathisierte freilich nicht mit den liberalen Zielen der großen gesellschaftlichen Verbände, die neuerdings von der Regierung recht hart angefaßt werden. Er war aber trotzdem ein Befürworter eines gewissen Kompromisses mit diesen Verbänden, ohne deren Mitarbeit er mit Recht eine Bewältigung der ungeheuren Arbeiten, namentlich auf dem Gebiete der Landesverpflanzung, für unmöglich hielt. Durch eine solche Haltung trat er in das tiefe Schwarz, das die Politik des jetzigen Ministerkabinetts kennzeichnet, einen gewissen Reiz hinein. Zur Herbeiführung der erforderlichen „Homogenität“ der Regierung mußte er beiseite gelassen werden, und diese Operation gelang um so eher, als der Landwirtschaftsminister durch seine Lebensmittelpolitik die heftige Gegenwehr einflussreicher agrarischer Kreise geweckt hatte.

Schon in der Sitzung des Reichsrates vom 15. Juni wurde von der sogenannten „Landwirtschaftlichen Gruppe“, der die Vertreter der äußersten Rechten angehören, eine Anfrage über die kritische Lage der Landwirtschaft eingebracht, deren Spitze sich gegen den Landwirtschaftsminister richtete. In ziemlich düsteren Farben wurde in dieser Anfrage die Lage der Landwirtschaft geschildert, und zwar zu dem Zweck, die Haltung des Landwirtschaftsministers in der Frage der Höchstpreise zu erschüttern. Der Landwirtschaftsminister wollte die eingebrachte Anfrage sofort beantworten und drohte sogar in der Sitzung des Ministerkabinetts mit der Demission, allein die Mehrheit des Kabinetts sprach sich gegen diese Absicht aus. Diesen Beschluß unterstützte die Mehrheit des Ministerkabinetts noch durch ihre Abstimmung im Reichsrat, wo die Frage auch wirklich verhandelt wurde, und arbeitete damit den Absichten der Agrarier vollkommen in die Hände. Denn eben durch diese Vertagung gelangten die Anhänger der Erhöhung der Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den Besitz eines scharfen Pressionsmittels auf den Landwirtschaftsminister, das ihn zwingen würde, bei der Nachprüfung der Höchstpreise im September, nach der Einbringung der Ernte, sich den Wünschen der Agrarier gegenüber gefügiger zu zeigen. In dieser Aktion der Agrarier offenbarte sich deutlich der ganze Zweck des Vorgehens gegen den Landwirtschaftsminister, das jetzt zu seiner Demission geführt hat.

Nun wäre es durchaus verkehrt, wenn man aus diesem Konflikt zwischen dem Landwirtschaftsminister und den einflussreichen Großgrundbesitzern — denn eben diese waren die treibenden Kräfte der gegen ihn einsetzenden Aktion — den Schluß ziehen wollte, daß der Minister kein mitfühlendes Herz für die „leidende Landwirtschaft“ habe. Das wäre schon aus dem Grunde unmöglich gewesen, weil er selber als Großgrundbesitzer und Konservativer durchaus auf dem Boden der agrarischen Schutzpolitik steht. Auch seine Politik der Preisfestsetzung für landwirtschaftliche Erzeugnisse ließ keineswegs die Fürsorge für die Interessen seines Standes vermissen. So wurden die Getreidehöchstpreise, die übrigens nur für die Vieferzeugnisse an die Armeekostung haben, zu einer Zeit festgesetzt, wo sie mit etwa 70—80 Proz. über den Friedenspreisen standen. Bei der Festsetzung dieser Höchstpreise waren die Gutachten der örtlichen Großagrarien maßgebend. Ebenso wurden auch die Höchstpreise für Vieh durch einen besonderen Kongreß der Landschaftsleute, also in erster Linie der Vertreter des Großgrundbesitzes, im Mai d. J. in einer Weise ausgearbeitet, die den Interessen der Agrarier in weitgehendem Maße entsprach. So wurden auf diesem Kongreß Höchstpreise für Hornvieh festgesetzt, die das Vierfache der Friedenspreise und das Dreifache der Herbstpreise des Jahres 1915 darstellten.

Alle diese Konzeptionen an die Landwirtschaft, von denen natürlich hauptsächlich der Großgrundbesitz profitiert, erschienen den Agrariern aber immer noch zu gering. Vorforglich hatte der Landwirtschaftsminister den Getreidemarkt für den Konsum der Zivilbevölkerung für die Spekulation oder richtiger für den Lebensmittelwucher freigegeben, der sich denn auch in der ungeheuerlichsten Weise betätigt. Indessen bildeten die vom Landwirtschaftsminister festgesetzten Höchstpreise einen gewissen Damm für das weitere Emporschrauben der Lebensmittelpreise. Dieser Damm mußte beseitigt werden, und er wurde um so leichter beseitigt, als der Kampf um die Deuteler Interessen der Agrarier verknüpft werden konnte mit dem Kampf gegen die angeblichen „liberalen Reigungen“ des zu „schwachen“ und zu „nachgiebigen“ Ministers.

Die Arbeiterkonferenz von Leeds und der „Avanti“.

Gleichzeitig mit dem Gewerkschaftskongreß tagte bekanntlich zu Leeds eine Gewerkschaftskonferenz der Entente-Länder, deren einseitige Zusammenfassung und nationalistisch schillernde Tendenz schon vor ihrem Zusammenritt besonders in Italien eine heftige Opposition entfaltete und den schon mehrfach erwähnten, jede Beteiligung an dieser Konferenz ablehnenden Beschluß der italienischen Gewerkschaftsföderation zur Folge gehabt hat. Jetzt, wo nähere Einzelheiten über die Tagung zu Leeds bekannt werden, erscheint das tiefe Mißtrauen der italienischen Arbeiter gegen diese Veranstaltung mehr als gerechtfertigt. In der Nummer vom 7. und 8. Juli berichtet der „Avanti“ Näheres über die ersten Verhandlungen und den weiteren Verlauf der Zusammenkunft und nimmt kritisch dazu Stellung. Auf der Konferenz seien Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Italiens, Rußlands, Belgiens und Portugals vertreten gewesen. Die italienische Vertretung hätte aus den Delegierten Cabrini, Galba und Bonfigli sowie einer weiteren Gruppe bestanden, die durch de Ambris und Wazzi repräsentiert wurde. Wie schon berichtet, hat die Konferenz zwei Anträge zu Fall gebracht, erstens den der amerikanischen Arbeiterföderation: zugleich mit dem Friedenskongreß einen Gewerkschaftskongreß abzuhalten, und zweitens den Antrag der französischen Delegierten: Garantien für die Freiheit der Meere nach dem Kriege zu fordern. Weiden Anträgen wären die englischen Abgeordneten mit besonderer Energie entgegengetreten. Ferner habe die Konferenz einen Antrag auf Errichtung einer internationalen Gewerkschaftsunion in der Schweiz, wozüglich in Genf, angenommen. Dagegen scheine die Einwanderungsfrage in Leeds keine große Rolle gespielt zu haben.

Die Veranstaltung eines gewerkschaftlichen Friedenskongresses, erklärt der „Avanti“, habe nie seine Billigung gefunden. Ein solcher Kongreß hätte nur dann einen Sinn, wenn durch ihn der absolute Gegensatz der proletarischen und der bürgerlichen Regierungspolitik zum Ausdruck gebracht werden könnte. Aber die American Federation of Labour habe sicher keinen Kongreß von Rebellen veranstaltet, sondern vielmehr die Arbeiterführer für die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Klassen gewinnen wollen. Der Kongreß hätte den Diplomaten vermutlich ein schönbeschriebenes Stück Papier mit den Forderungen der Arbeiter zur freundlichen Erwägung unterbreitet und darum hätten Sonnino und Tittoni die Menschheit nicht nur mit dem Frieden der Nationen, sondern auch mit dem allgemeinen Klassenfrieden beglückt. Doch eine solche Perspektive ist nicht der Grund, weswegen dieser Vorschlag in Leeds abgelehnt wurde, denn dort hätten ja lauter Anhänger der Union sacrée (des Bürgertums) getagt. Der Grund läge vielmehr in der Entente-politik, die von den Arbeiterführern à la Cabrini, Jou-

haug und Appleton mitgemacht würde. Nach dem Kriege solle bekanntlich der Wirtschaftskrieg weiter fortgesetzt werden, und daher sollen sich die Arbeiter der Entente nicht mit denen der feindlichen Staaten zu einem Kongreß vereinigen. Die Deutung des Beschlusses finde eine Bestätigung in der Ablehnung des anderen Antrages, die gleichfalls beweise, daß jene Leute, die gegen den deutschen Imperialismus wettern, den englischen für ihn eintauschen möchten; eine weitere Bekräftigung dieser Vermutung stelle ferner die Annahme des Antrages dar, den sich der internationale Arbeiterbewegung nach Genf zu verlegen, das wegen seiner geographischen Lage und der Rückständigkeit der dortigen Arbeiterorganisationen am wenigsten hierzu geeignet erscheine. Es hätte viel näher gelegen, Zürich oder Bern dazu auszuwählen. Aber dort werde ja deutsch gesprochen!

Wenn übrigens nach alledem der tendenziöse und rückständige Charakter dieser Konferenz noch dem leisesten Zweifel ausgesetzt sein konnte, so mußte jede Ungewißheit nach dem Bericht schwinden, den ein bürgerliches Blatt, wie der „Secolo“, über die weiteren Vorgänge auf dem Kongreß zu Leeds zu bringen in der Lage wäre. Alle Ausreden und Versuche, diese Konferenz als eine harmlose Zusammenkunft zwecks Besprechung gewisser rein technischer und beruflicher Fragen hinzustellen, würden durch diesen Bericht Lügen gestraft, denn nunmehr sei es dokumentarisch erwiesen, daß die Konferenz nur eine Falle der kriegerischen Ententepolitik darstelle. Hiernach werde die „Società Umanitaria“, in deren Namen Cabrini sprach, ihre apolitische Tendenz unmöglich noch aufrechterhalten können, ebensowenig wie die Neutralitätsapostel in den Arbeiterorganisationen gegenüber ihren Mitgliedern nach dem Standpunkt vertreten können, sie trieben keine Politik. Jetzt habe sich endlich der Politizismus als eine elende Fiktion und eine jesuitische Mystifikation enthüllt.

Der Korrespondent des „Secolo“ habe nämlich die italienischen Delegierten während ihres Aufenthalts in London gesprochen und wisse auf Grund der ihm von diesen gemachten Mitteilungen folgendes über die Arbeiterkonferenz der Entente zu berichten:

Die Internationale Föderation der Transportarbeiter, die ihr Zentralkomitee in Deutschland habe, hätte nicht in Betrieb gesetzt werden können, daher hätten die Vertreter der Eisenbahn-, Berg- und Hafenarbeiter beschlossen, eine Konferenz einzuberufen, die im September zu Paris tagen und die wichtigsten Fragen des Transportwesens untersuchen und durchberaten soll. Die englischen Transportarbeiter hätten den Auftrag erhalten, diese Konferenz vorzubereiten. Die italienischen, belgischen und französischen Delegierten hätten eine besondere Sitzung abgehalten, die der Auswanderungsfrage sowie der Einwanderung fremder Arbeiter nach Frankreich während des Krieges gewidmet gewesen wäre. Cabrini von der „Umanitaria“ habe ein Telegramm des Senators de la Torre und des Professors Ojimo verlesen, das die Beteiligung der Fondazione Loria an der Initiative zum Schutz der Einwanderer in Aussicht stelle und der Konferenz Erfolg zu ihren Verhandlungen wünsche.

Die Delegierten Italiens hätten beschlossen, diese Frage in Paris zur Sprache zu bringen, wo sie mit den Vertretern der französischen Regierung über die Auswanderungsfrage konferieren würden.

Nach Beendigung der Arbeiterkonferenz hätten die Trades-Union ein Bankett zu Ehren der fremden Abgeordneten veranstaltet, auf dem Oberst Ward, der bekannte Schöpfer eines Arbeiterregiments, ein Hoch auf die Gefallenen ausgebracht habe. Appleton, der Sekretär der englischen Arbeiterkonföderation, habe die Bedeutung der italienischen Intervention hervorgehoben und auf die Schwierigkeiten des Gebirgskrieges hingewiesen.

De Ambris hätte dann in seiner Antwort bemerkt, der imperialistische Geist der Deutschen habe die alte Arbeiter-internationale getötet, doch sei eine neue Internationale gegen ihre Verkörperer in der Bildung begriffen.

Cabrini habe hierauf an den Besuch der englischen Minister in Rom erinnert und einen Gegenbesuch der italienischen Minister in London zum Zwecke einer wirksameren Durchführung der Idee der einen Front und des einen Krieges gegenüber dem gemeinsamen Feind angekündigt. Dieser Besuch würde der Absicht der Sicherung und Durchführung eines Friedens auf Grundlage der Gerechtigkeit und Demokratie große Dienste leisten. Er habe dann mit einem Hymnus auf die Erfolge der Arbeiter geschlossen, die sich durch ihre großen Leistungen während des Krieges eine bedeutende Erweiterung ihrer Rechte erlangt hätten.

So weit der „Secolo“. Der „Avanti“ bemerkt dazu: „Hiernach wird es keiner mehr wagen, den politischen und kriegerischen Charakter der Zusammenkunft in Leeds zu leugnen und zu verlangen, daß die italienischen Arbeiter, die dem Prinzip des Klassenkampfes treu geblieben sind, Delegierte abordnen, um mit den Jouhaug, Appleton und Ward Konferenzen und Bankette abzuhalten. ... Der Apolitizismus ist tot. Die Apolitiker haben ihn getötet.“ (2)

Kriegsdebatte im Oberhaus.

London, 18. Juli. (B. L. W.) Oberhaus. Der Herzog von Rutland fragte, ob die Regierung beabsichtige, sofort eine Vorlage einzubringen, die dem Admiral John Jellicoe und den Offizieren und Mannschaften der großen Flotte für den Sieg bei Jütland den Dank des Parlaments ausdrücke. Redner sagte, diese verwundete Seeleute, die bei Queensferry und in anderen Seehäfen gelandet wurden, seien von dem Publikum ausgepfiffen und ausgehisselt worden und Offizieren, die bei Queensferry und anderen schottischen Häfen landeten, hätten die Drohschuldschreiber, die sie nach Hause führen, zu ihrer Niederlage ihr Weileid ausgesprochen. Das sei wesentlich die Folge der unglücklichen ersten Mitteilung der Admirals über die Schlacht gewesen. Das Parlament sollte jetzt der Flotte seine Anerkennung ausdrücken. Lord Crewe antwortete im Namen der Regierung, niemand zweifle jetzt, daß die Schlacht nichts anderes als ein Erfolg für England gewesen sei, aber die Regierung halte es für richtig, eine förmliche Dankagung des Parlaments aufzuschieben.

Lord Bampfey beantragte eine vollständige Untersuchung über die gesamte Führung des Feldzuges in Mesopotamien, besonders mit Rücksicht auf die Vorbereitungen für die Beförderung und die Versorgung der Verwundeten. Redner sagte, die Artillerie von General Townshend sei so veraltet und unzulänglich gewesen, daß er sie getrost den Türken hätte übergeben können. Bei einer Schlacht habe die telephonische Verbindung gefehlt und am 21. Januar, wo alles darauf angekommen sei, daß die Truppen über den Fluß geföhrt würden, hätten die Pioniere kein Material zum Brückenbau gehabt. Lord Crewe sagte, die Regierung sei bereit, eine Untersuchung anzustellen. Lord Cromer wies darauf hin, daß die militärischen Reformen, die Lord Kitchener als Oberkommandierender in Indien durchgeführt hätte, unzulängliche Folgen gehabt hätten, die sich in diesem Kriege gezeigt hätten. Kitchener habe den Fehler gemacht, daß er sich über die indischen Fragen eine bestimmte Meinung gebildet habe, bevor er nach Indien ging. Das Ergebnis seiner Reformen sei äußerst unglücklich gewesen, und die Vorgänge in Mesopotamien enthielten die vollständige Rechtfertigung der Haltung, die der damalige Vizekönig von Indien Lord Curzon einnahm. Das Haus nahm den Antrag von Lord Bampfey an.

Der Kohlenwucher in England.

London, 21. Juli. (B. L. W.) Der ausführliche Ausfluß der Vergleute von Großbritannien veröffentlicht eine Entschuldig, in der er sich scharf dagegen wendet, daß das Handelsamt den Förderern der Zeichenbesitzer nachgegeben und den Vertragspreis für Kohlen beträchtlich erhöht hat. Der Präsident des Verbandes Smilie erklärt, die Vergleute kennen die ungeheuren Gewinne der Zeichenbesitzer. Bei vielen Gruben hätte der Wert der Anteile in den letzten zwei Jahren sich verdoppelt und es wäre nicht zu verwundern, wenn die Vergleute sich weigern würden, mit der Förderung von Kohlen fortzufahren.

Casements Appellation an das Oberhaus abgelehnt.

London, 20. Juli. (B. L. W.) Der Generalanwalt hat Casements Antrag, gegen das Todesurteil an das Oberhaus zu appellieren, keine Folge gegeben und ihm anheimgestellt, ein Vergnügungsgeßuch an den König zu richten.

Die englische Regierung gegen den „Labour Leader“.

Dem tapferen Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei ist von der englischen Regierung die ehrende Anerkennung widerfahren, daß seine unermüdete Aktion für den Frieden und gegen die nationalistische Verhetzung ungleichmäßig die Regierung hat nämlich den Postverbot des „Labour Leader“ nach dem Ausland unterlag. Somit ist jetzt offiziell verfügt, was geraume Zeit schon — wenn auch mit mangelnder Konsequenz — praktiziert wurde. Es hat nämlich schon früher Adressen gegeben, die das Blatt nicht erreichte. Dazu gehörte z. B. das Internationale Sozialistische Bureau im Haag. Freilich gibt es noch größere englische Postkurios. Dazu gehört vor allem die Unterschlagung von Briefen des genannten Bureaus an einen belgischen Minister!

Letzte Nachrichten.

Der neueste Lensch-Streich.

Leipzig, 22. Juli. (B. L. W.) Unter der Ueberschrift: „Lensch über Mehring“ veröffentlicht die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ einen offenen Brief Paul Lensch an Franz Mehring. Reichstagsabgeordneter Dr. Lensch, der von 1905 bis 1913 die „Leipziger Volkszeitung“ leitete, sieht sich, wie er selbst sagt, genötigt, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ um literarischen Waffenschuß gegen sein altes Blatt zu bitten. Franz Mehring hat bekanntlich in der „Leipziger Volkszeitung“ zwei lange Artikel gegen das im Hirzelschen Verlage erschienene Buch von Lensch: „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“ geschrieben. Eine Erwiderung von Lensch aufzunehmen, hat die Schriftleitung der „Leipziger Volkszeitung“ sich geweigert. Ähnlich ist es Lensch mit dem „Vorwärts“ ergangen. Er erklärt hierzu: Nunmehr hat auch dieses Blatt mir die Möglichkeit, mich dort zu verteidigen, wo man mich angriff, brutal abgeschnitten und damit ein Zensurstückchen geliefert, das selbst in diesen Kriegsjahren Anspruch auf Sensation erheben kann. Ich sehe mich daher genötigt, bei der bürgerlichen Presse Leipzigs um das bisherige Pressfreiheit zu bitten, was ich brauche, und das mir die sozialdemokratische Presse Leipzigs verweigert hat.

Lensch' Erwiderung wird daraufhin von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ im Wortlaut abgedruckt.

Erneute Verletzung der schwedischen Neutralität durch Rußland.

Stockholm, 22. Juli. (B. L. W.) (Meldung des schwedischen Telegraphenbureaus.) Die vier deutschen Frachtdampfer „Walgala“, „Friedrich Carr“, „Gretchenmüllern“ und „Kette“ wurden „Aktionsschiffe“ zufolge in der letzten Nacht beim Eingang zum Hafen von Lulea im schwedischen Hoheitsgebiet von zwei russischen Zerstörern verfolgt und zum Stoppen aufgefordert. Das schwedische Korpsboot „Virgo“ feuerte dann in voller Fahrt gegen die russischen Fahrzeuge, die sogleich umkehrten und gegen Süden entflohen. Die „Virgo“ verfolgte, fertig zur Aktion, die fliehenden russischen Schiffe. Die deutschen Dampfer liefen nachts ein Uhr im Hafen von Lulea ein.

Stockholm, 22. Juli. (B. L. W.) Meldung des Schwedischen Telegraphenbureaus. Die schwedische Regierung hat ihren Gesandten in Petersburg beauftragt, bei der russischen Regierung gegen die Verletzung ihrer Neutralität in der Malaga-Virgo-Angelegenheit Einspruch zu erheben.

Holländische Proteste gegen England.

Amsterdam, 22. Juli. (B. L. W.) Gegen die Eingriffe der englischen Regierung in die holländische Nordsee-Fischerei hat auch die Seemannsvereinigung Volharding in Rotterdam Stellung genommen. In einem Telegramm an den englischen Gesandten im Haag protestiert sie gegen diese grobe Reichshandlung, die eine Regierung begeht, die sich als Beschirmer der Interessen der kleinen Nationen hinstellt. Das Haager Blatt „Nieuwe Courant“ schreibt: Ohne jeden Schein des Rechts, ja selbst ohne ihre Absicht vorher anzukündigen, hat die britische Regierung, die als Kämpfer für die Rechte der kleinen Nationen in den Krieg zog, gegenüber der friedlichen niederländischen Fischerei in der Nordsee eine Maßregel ergriffen, die das Todesurteil dieser Fischerei bedeutet, falls es nicht etwa noch gelingt, der britischen Regierung die Augen über das entsetzliche Unrecht zu öffnen, das sie, auf ihre Seemacht gestützt, im Begriff steht, gegenüber einer neutralen Nation zu begehen. Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es gelingt. Aber England hat tatsächlich bereits den Vorschlag gemacht — gegen Bezahlung —, unsere Springflotte beiseite zu schaffen. Welchem Niederländer treibt das nicht die Schamrote in die Wangen. Nicht genug, daß unser Handel in Bande geschlagen ist und daß von unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit immer mehr verloren geht, müssen wir uns jetzt auch gefallen lassen, daß man uns den Verzicht auf unser Recht gegen ein Trinkgeld vorschlägt. Das paßt allerdings vollständig in den Rahmen des Kampfes für die Rechte der kleinen Nationen.

Das sozialdemokratische Blatt „Het Volk“ schreibt im Anschluß an den Protest der Seemannsvereinigung: Wir unterstützen diesen Protest mit aller Kraft. Die Maßregel, die England hier gegen die niederländische Regierung anwendet, ist ein Kriegssakt gegen ein Land, mit dem es in Frieden lebt, ein Kriegssakt gegen ein neutrales Land, das während des ganzen Krieges den Beweis geliefert hat, daß es neutral bleiben will; es ist ein Aktentat auf unsere Lebensmittelversorgung, das im umgekehrten Falle von England selbst mit den schärfsten Gegenmaßnahmen beantwortet werden würde.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Löhne unter aller Würde.

Der recht fühlbare Mangel von Rohstoffen in der Textilindustrie hat zu einer Reihe Versuche geführt, um sich von den überseeischen Bezugsquellen unabhängig zu machen. Wenn das auch vorläufig niemals völlig erreicht werden wird, so ist es doch gelungen, für die für die Herstellung von Säden, Bindfäden und sonstigem Verpackungsmaterial so überaus wichtige Jutesäse Erzfaserstoffe zu beschaffen. Als Bezugsland für Jute kommt ausschließlich Indien in Frage, das mit Ausbruch des Krieges als Lieferant in Wegfall kam. Jetzt sind es hauptsächlich zwei Erzfaserstoffe — die Stranfaser und das Textilseidenspin —, die in Verbindung mit Baumwolle, Jute oder Hanf die Herstellung von Säden, Packmaterial und Bindfäden ermöglichen.

Die Stranfaser wird aus Stroh gewonnen. Das Herstellungsverfahren und die Einzelheiten stehen unter Patentschutz. Jede Strohart kann verwendet werden, jedoch ist die Ausbeute je nach dem Feuchtigkeitsgehalt des Strohes sehr verschieden. Die Stranfaser kann sowohl rein, als auch mit anderen Fasern gemischt verwendet werden. Die aus der Stranfaser hergestellten Erzeugnisse sind vornehmlich auf ihre Haltbarkeit geprüft worden und haben sich als haltbar erwiesen. Einen mit Nauernägeln gefüllten Strohfaserstiel ließ man eine schiefe Ebene hinabrutschen und warf ihn dann noch 12 Fuß tief auf das Steinpflaster eines Kellers. Trotz dieser Behandlung zeigte er nicht die geringste Verletzung, an seiner Haltbarkeit war nichts auszuweisen.

Die Textilose ist schon länger bekannt, hat sich aber als Rohstoff erst während des Krieges durchgesetzt. Im Jahre 1910 wurde ein Verfahren patentiert, das darin besteht, dem aus Papier hergestellten Garn die notwendige Elastizität zu verleihen. Man fand, daß, wenn das Papier ein- oder zweifach mit einem Baumwollfaser — es können auch andere Fasern sein — belegt und die daraus geschnittenen Papierstreifen in nassem Zustande gedreht werden, man bessere und brauchbare Garne erzielt. Die Textilose fand vornehmlich für Dekorationsstoffe, Teppiche usw. Verwendung. Während der Kriegszeit verwendet man sie besonders als Ersatz für Jute für Säden und Packstoffe. Bisher hatten sich hauptsächlich zwei Betriebe der Verarbeitung der Textilose gewidmet, die täglich 20 000 Säden herstellten. Jetzt geht man auch anderwärts, so in Greiz und den Nachbarstädten, zur Verarbeitung der Textilose über.

Vom Standpunkte der Textilarbeiter aus ist es nur zu begrüßen, wenn recht viele geeignete Erzfaserstoffe gefunden und dadurch ausreichende Arbeit beschafft würde. Aber für die Arbeit muß selbstverständlich auch ein ausreichender Lohn gezahlt werden, und das ist in Greiz und Umgebung durchaus nicht der Fall. In einer Sitzung der Vertrauensleute des Textilarbeiterverbandes in Greiz wurde festgestellt, daß der erzielte Durchschnittslohn für fünf Arbeitstage nur 2 bis 3 M. beträgt. Nur eine Firma zahlt 3 M. Tagelohn. Wenn auch auf diese Artikel überwiegend Weberinnen beschäftigt werden, so können derartige Beträge doch überhaupt nicht ernsthaft als Lohn angesprochen werden. Solche Lohnsätze sind heute auch nur möglich, indem die Textilarbeiter durch die Unterstufungsbestimmungen in vielen Fällen von den Behörden zur Annahme der Arbeit gezwungen werden, wenn sie die Unterstufung nicht verlieren wollen. Aber alle Unterstufungsbestimmungen dürfen nicht dazu führen, daß der Arbeiter sozusagen umsonst arbeiten muß, was hier tatsächlich der Fall ist.

In Greiz bekommt eine Textilarbeiterin, wenn sie arbeitslos und allein stehend ist oder einen eigenen Haushalt hat, wöchentlich 8,50 M. Unterstufung. Etwa erzielter Lohn wird zu zwei Dritteln angerechnet, so daß die Unterstufungssumme sich nur um ein Drittel, in diesem Falle um 70 Pf., bis 1,20 M. erhöht. Um diese

lächerlich geringen Beträge über die Unterstufung hinaus zu bekommen, muß die Arbeiterin fünf Tage angestrengt arbeiten. Das sind doch völlig unhaltbare Zustände. Die Experimente, die hier die Fabrikanten machen, gehen einfach zu Lasten der öffentlichen Unterstufungsfonds und der Arbeitskraft und Lebensdauer der Arbeiterinnen. Dabei besteht die ernste Gefahr, daß diese Artikel auch in die Friedensproduktion mit hinübergenommen werden und dann zweifellos auch auf die übrigen Artikel eine lohnrückende Tendenz ausüben.

Der geringe Lohn ist so auffällig, daß die Behörden die Unternehmer um Auskunft gefragt haben, aus welchen Gründen so wenig verdient werde, daß bei fünf tägiger Arbeitszeit doch fast der volle Betrag der Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt werden müsse. Die niedrigen Löhne werden von den Fabrikanten zugegeben, doch trösten sie die Arbeiter und Arbeiterinnen damit, indem sie sagen: „Wir sind aber fest überzeugt, daß die Leute doch in aller Kürze dazu gelangen werden, auch mit zwei Stühlen zu arbeiten; wir denken, daß sie bei fortschreitender Übung dazu kommen werden, auf zwei Stühlen je bis zu 50 Meter den Tag fertigzustellen, so daß also geschickte und gutwillige Arbeiter bis zu 2 M. Verdienst täglich oder 10 M. wöchentlich (die Arbeitswoche zu fünf Tagen gerechnet) gelangen können.“

10 M. wöchentlich halten die Greizer Fabrikanten also jetzt für die Summe, die zur Erhaltung eines Arbeiterlebens ausreicht. Vielleicht machen die Herren ihren Arbeitern das Beispiel einmal praktisch vor? Ganz abgesehen davon, ist es nach Ueberzeugung älterer erfahrener Weber ganz unmöglich, bei diesem starken Schuhmaterial überhaupt zwei Stühle zu bedienen. In diesem Falle bleibt den Betroffenen kein anderer Weg, als diese Arbeit zu verweigern. Die Löhne müssen unter allen Umständen so bemessen sein, daß bei fünf tägiger Arbeit der Arbeiter immer noch seinen vollen Lebensunterhalt verdient und nicht auf öffentliche Unterstufung angewiesen ist.

Kriegsbeschädigten „Fürsorge“.

Wie die „Verbands-Zeitung“ der Brauerei- und Mühlenarbeiter mittel, fand sich in der Nr. 26 der „Allgemeinen Braumeister-Zeitung“ folgende Annonce:

„Praktisch tüchtiger Brauer, bei gutem Gehalt für kleinere, Bestens eingerichtete Brauerei gesucht. Auch für leicht kriegsbeschädigten Bewerber dauernde Stellung. Off. unter D. G. 5507 an die Zeitung erbeten.“

Ein kriegsbeschädigter 23 jähriger Brauer, der schon fast ein Jahr mit einem künstlichen Bein geht und während dieser Zeit in zwei Stellungen gearbeitet hat, erhielt auf seine Bewerbung folgendes Antwortschreiben:

Herrn R. R., Berlin.

Den Empfang Ihres gefälligen Schreibens vom 29. v. M. bestütigend, ersehe ich aus demselben, daß Sie wol als Gehülfe noch kein Zeugnis besitzen dürften u. somit eines wirklichen Ausweises über Ihre Leistungen als Gehülfe noch entbehren. Ihnen kann es hierbei nur darauf ankommen, da Sie zurück zu kehren wünschen in diesen alten Beruf, daß Sie zunächst ein Unterkommen und Beschäftigung darin finden, um sich wieder in irgend einer Weise darin einguarbeiten und darin zu betätigen. Von Gehalt kann dabei vorläufig keine Rede sein. Im Gegenteil.

Ich will Ihnen die Gelegenheit zu diesem Versuch geben und Sie vorläufig zu diesem Zweck ohne Gehalt anstellen. Indem bei der gegenwärtigen Kriegshewerung der Lebensunterhalt den Hauptteil des Erwerbendes fordert, so will ich Ihnen auch freie Station und Wohnung gewähren, zumal es sich darum handelt, einem unglücklich gewordenen Kriegsteilnehmer die Gelegenheit zur Errichtung einer neuen Lebensregiment zu bieten, wozu wir

Jeder nach seinem Können u. Vermögen die Verpflichtung haben u. würde Ihnen gegebenenfalls wünschen, daß Sie sich bei mir wol fühlen u. das Ihnen widerfahrne Leid bald vergessen möchten.

Vorbedingung ist es allerdings, daß Sie mit Lust und Liebe für den Beruf eintreten und sich jeder vorkommenden Verrichtung im Geschäftsbetrieb willig unterziehen.

Konkretierend würde Ihnen auf Wunsch eine Probezeit gewährt, in welcher Sie noch belieben wieder austreten können und sehr Ihrer gefälligen Nachricht entgegen.

Hochachtungsvoll

E. Kollatsch.

Herr Emil Kollatsch ist der Inhaber der Germania-Brauerei in Driesen a. d. Nehe. Der Geschäftsführer, dem er in dieser eigenartigen Weise antwortete, hatte schon in seinem ersten Briefe angegeben, daß er ordnungsgemäß gelernt, die Gehilfenprüfung mit „gut“ bestanden und neben anderen Stellungen den Posten eines Oberbrauers in einer mittleren Brauerei versehen habe. Jedes Mißverständnis war dadurch ausgeschlossen. Es gehört wahrhaftig Mut dazu, einem kriegsbeschädigten noch jetzt während der Kriegszeit ein derartiges Angebot zu machen. Der Vorfall beweist aber, wie notwendig es ist, daß sich die Gewerkschaften um das Schicksal der Kriegsbeschädigten bemühen.

Ausland.

Aus den schweizerischen Gewerkschaften.

Obwohl die Schweiz als neutrales Land nicht unmittelbar am Kriege beteiligt ist, hat das Schweizer Volk die wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges sehr empfindlich zu spüren bekommen. Die Panik beim Ausbruch des Krieges zeigte sich in der Schweiz in der gleichen Weise, wie in den kriegsführenden Ländern. Die Fremdenindustrie, die für die Schweiz eine große Bedeutung hat, erhielt einen schweren Schlag durch die Abreise von mehr als 100 000 Kurzgästen, die schleunigt das Land verließen. Aber nicht nur die eigentliche schweizerische Fremdenindustrie leidet vom Ausland, das Land ist auch zu einem sehr erheblichen Maße auf den Import von Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten angewiesen. Dabei beherbergt die Schweiz in Friedenszeiten eine sehr große Zahl von Geschäftsleuten, Angestellten und Arbeitern fremder Nationalität, die einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben der Schweiz bilden. Auf etwa 150 000 wird die Zahl der Geschäftsleute und Arbeiter geschätzt, die bei Kriegsausbruch das Land verließen, teils um sich in der Heimat zum Militärdienst zu stellen, teils durch Verdienstlosigkeit zur Abreise gezwungen.

Diese Ursachen bewirkten einen rapiden Rückgang der schweizerischen Gewerkschaften. Während sie Ende Juni 1914 zusammen noch 89 370 Mitglieder zählten, ergab die Zählung Ende September nur noch 58 502. Von den Zurückgebliebenen waren 12 741 völlig und 19 769 teilweise arbeitslos. In der Folgezeit haben sich die Gewerkschaften ein wenig von diesem Schlag erholt, aber ihre Lage ist noch recht ungünstig. Natürlich haben die einzelnen Gewerkschaften in sehr verschiedener Weise unter den Kriegswirkungen gelitten. Während z. B. die Organisationen des Baugewerbes dem Zusammenbruch nahe kamen, wurden andere, wie die Gemeinde- und Staatsarbeiterorganisationen, das Lokomotivpersonal und die Arbeiterunion der schweizerischen Transportanstalten, nur wenig von der Krise berührt.

In dem Maße, in welchem die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurückgegangen, stiegen ihre Ausgaben für Unterstufungen. Die Arbeitslosen- und die Notunterstufung erforderten im Jahre 1914 mehr als das Doppelte des Betrages, der im Jahre 1913 für diese Zwecke ausgegeben wurde. Im Jahre 1915 haben sich die Ausgaben vermindert, sie stehen aber noch sehr weit über dem normalen Stand. Dabei zu beachten ist, daß die Zusammenstellung nur die Ausgaben der Zentralkassen umfaßt, die Zuschüsse aus den örtlichen Kassen der Sektionen aber unberücksichtigt läßt.

Montag bis
Mittwoch

A. WERTHEIM

Soweit
Vorrat

Porzellan

Weiß

Speiseteller tief 22 Pf., flach 20 Pf.
Frühstücksteller 15 Pf.
Kompotteller 12 Pf.
Kartoffelnäpfe mit Deckel . 65 Pf.
Tunkeschalen 45 Pf.
Suppenschüsseln m. Deckel 1.25
Kompottschüsseln v. 38 bis 70 Pf.
Bratenschüsseln
oval von 28 Pf. bis 1.10
Gemüseschüsseln rund .. 28 Pf.
Senfgefäße 18 Pf.
Kaffeekannen 28 45 Pf.
Teekannen 25 Pf.
Milchtöpfe 12 15 25 Pf.
Zuckerdosen 8 15 Pf.
Kuchenteller 18 Pf.
Tassen 9 15 Pf.

Tafelgeschirr „Adria“

blaues Randmuster.

Speiseteller tief, flach ... 65 Pf.
Frühstücksteller 42 Pf.
Kartoffelnäpfe mit Deckel . 4.25
Tunkeschalen 2.65
Suppenschüsseln mit Deckel 8.75
Kompottschüsseln
95 Pf. 1.30 1.95
Bratenschüsseln oval von 95 Pf. b. 7.00
Beilagschalen 1.30
Kaffeekannen von 1.20 bis 2.70
Teekannen 1.95
Milchtöpfe .. von 40 Pf. bis 1.35
Marmeladendosen 1.20
Tassen 55 85 Pf.
Kuchenteller 1.30

Glas

Preßglasnatur „Hansa“

Butterdosen 35 40 Pf.
Käseglocken 60 Pf.
Kuchenteller 60 70 Pf.
Kompottschüsseln von 13 bis 70 Pf.
Zitronenpressen 16 Pf.
Eisschalen 13 Pf.
Tablets 27 95 Pf.
Kompotteller 7 10 Pf.
Wasserkrüge .. von 50 bis 85 Pf.

Schleifglas

Bierbecher 27 30 Pf.
Wasserbecher 27 35 Pf.
Likörgläser 18 23 Pf.
Weinrömer glatt od. graviert
18 38 55 Pf.
Kompottschüsseln v. 63 Pf. bis 2 M.
Kompotteller 30 35 Pf.
Sturzflaschen m. Glas 48 65 95 Pf.

Trinkglasnatur

Rotweingläser ... 20 Pf. 48 Pf.
Rheinweingläser . 23 Pf. 48 Pf.
Süßweingläser .. 18 Pf. 40 Pf.
Likörgläser — 35 Pf.
Bierbecher — 55 Pf.
Seltorbecher — 38 Pf.

Bierbecher

in verschiedenen Größen ... 15 Pf.

Geleegläser ... 9 12 13 Pf.
Einmacheflaschen 20 u. 27 Pf.
Einmachekannen .. 12 u. 13 Pf.
Honiggläser m. Deckel 13 b. 50 Pf.

Porzellan

Kaffeegeschirr „Margarethe“

moderne Form mit Goldmuster

Kaffeekannen

von 80 Pf. bis 1.60

Milchtöpfe v. 13 bis 65 Pf.

Zuckerdosen 30 35 Pf.

Tassen 27 35 Pf.

Kannenuntersetzer ... 25 Pf.

Kuchenteller ... 65 Pf.

Teekannen v. 60 bis 95 Pf.

Obstsätze 7-teilig 95 Pf.

Tafelservice fein dekoriert

für 6 Pers. 12 Pers. 12 Pers.

30-teilig 60-teilig 77-teilig

24.50 46 M. 64 M.

Kaffeesevice feine Blumen-

muster

f. 6 Pers., 9 - teilig 3.90 5.25 6.90

für 12 Personen 9.75 11.50

Teesevice 9-teilig ... 1.95

Tassen bunt 18 Gold-

rand 20 Pf.

Obsteller mit Frucht-

dekor. 25 Pf.

Steingut

Tafelgeschirr mit Goldrand

Speiseteller tief oder flach 20 Pf.
Frühstücksteller 18 Pf.
Kompotteller 13 Pf.
Bratenschüsseln oval 1.05 1.50
Kartoffelnäpfe mit Deckeln 1.55
Tunkeschalen 1.05
Kompottschüsseln .. 25 40 Pf.
Suppenschüsseln m. Deck. 2.85

Tafelgeschirr Rosenband-Muster

Speiseteller tief oder flach 25 Pf.
Frühstücksteller 18 Pf.
Kompotteller 16 Pf.
Bratenschüsseln oval von 55 Pf. bis 1.50
Kartoffelnäpfe mit Deckel . 1.75
Tunkeschalen 95 Pf.
Kompottschüsseln von 35 bis 80 Pf.
Suppenschüsseln m. Deckel 2.40

Steingut

Kochgeschirr „Saxonia“

aus feuerfestem Ton.

Kasserollen . von 1.35 bis 2.15

Schmortöpfe flach von 90 Pf. bis 3.10

Kochtöpfe .. von 1.15 bis 3.40

Milchkocher von 1.60 bis 2.70

Schmortöpfe oval von 95 Pf. bis 4.95

Besonders preiswert Wasserkannen 38 Pf.

Milchtöpfe Randmuster Satz, 6 Stück 1.35

Geleedosen Majolika 38, 65 Pf.

Kannenuntersetzer Majolika 38 Pf.

Schüsseln buntes Muster Satz, 7 Stück 1.55

Heringskasten 1.75

Waschgarnituren 1.45

4-teilig 1.

Waschgarnituren Stell-, schöne Muster 2.45 3.60 3.75 4.95

Die Tagung des Parteiausschusses.

Das Pressebureau verbreitet über die Tagung des Parteiausschusses folgenden Bericht:

Der Parteiausschuss tagte am 20. und 21. d. Mts. in Berlin. Den ganzen ersten Sitzungstag füllten die Verhandlungen über die Ernährungsfrage aus, wobei unter Anerkennung der bisherigen Tätigkeit des Parteivorstandes und der Fraktion völlige Einmütigkeit darüber herrschte, daß die Partei alles tun müsse, um gegenüber den Preistreibern der Produzenten und Händler und der Unzulänglichkeit in der Verteilung der Lebensmittel die Interessen der minderbemittelten Verbraucher mit Nachdruck zur Geltung zu bringen. Am zweiten Sitzungstage wurde die Ernährungsfrage eingehend erörtert und zuletzt über das Parteizerrüttende, sonderorganisierte Treiben einzelner Oppositionsgruppen und die Anregung, einen Parteitag einzuberufen, verhandelt. Da auch alle die Genossen, die im Hinblick auf die Verhältnisse in der Partei die Einberufung eines Parteitages als notwendig befürworteten oder zum mindesten der ernstlichen Erwägung wert erachteten, ebenso wie der Parteivorstand davon ausgehen, daß unerläßliche Vorbereitungen für die Abhaltung eines Parteitages die Gewähr einer völlig unbeschränkten Aussprache ist, diese Gewähr aber zurzeit nicht gegeben werden kann, wurde die Frage einer Reichskonferenz erörtert, auf der eine gründliche Aussprache über die Differenzen in der Partei vor den Organisationsvertretungen aus allen Teilen des Reiches herbeigeführt werden soll.

Der Parteiausschuss gab seiner Auffassung in folgenden Resolutionen Ausdruck:

I.

Die mangelhafte Organisation der Volksernährung hat Zustände heraufbeschworen, die für die Masse der minderbemittelten Bevölkerung nicht mehr erträglich sind. Die von der politischen und gewerkschaftlichen Arbeitervertretung bei Beginn des Krieges vorgeschlagenen Maßnahmen sind zum Teil heute noch nicht durchgeführt, die geschaffenen Einrichtungen, die in der Richtung dieser Forderungen liegen, sind zu spät und zu unvollständig getroffen worden und werden viel zu spät durchgeführt. Die Rücksichtnahme auf die Interessen der großen landwirtschaftlichen Besitztümer beherrscht die Organisation der Volksernährung in einem Maße, das die Erhaltung der Arbeitskraft des konsumierenden Volkes und die Ernährung des Volkswachstums aufs gefährlichste bedroht. Dem Kriegswucher mit Nahrungsmitteln wird nicht mit der gebotenen Schärfe begegnet. Auch das neue Kriegsernährungsamt hat bisher fast völlig versagt. Es ist gegen die schamlose Preistreiberei auf dem Obst- und Gemüsemarkt nicht eingeschritten, hat vielmehr dem Verlangen der Produzenten nach höheren Kartoffelpreisen nachgegeben und eine ganz ungeduldfertige Steigerung der Preise für Winterkartoffeln durchgeführt. Gegen diese verderbliche, die Volksernährung schwer gefährdende Preispolitik muß schärfster Protest eingelegt werden.

Die Produktion muß nach einem einheitlichen Plane geregelt und durch staatliche und gemeindliche Einflußnahme und Selbstwirtschaft gefördert werden. Die Rationierung muß endlich auf alle Massenlebensmittel ausgedehnt werden unter einer der Kaufkraft der breiten Massen Rechnung tragenden Preisfestsetzung. Den Bedürfnissen der schwer arbeitenden Bevölkerung ist mehr als bisher Rechnung zu tragen. Die Organisation der Volksernährung muß jede Begünstigung der wohlhabenden Volkskreise ausschließen.

Die Vertreter der Arbeiterschaft in allen öffentlichen Körperlichkeiten werden aufgefordert, in diesem Sinne auch ferner mit allem Kräfteaufgebot zu arbeiten. Aber auch die Arbeitermassen, die unter den Mißständen schwer leiden, müssen jede Gelegenheit und jedes geeignete Mittel benutzen, um auf die kommunalen und staatlichen Behörden den erforderlichen Druck auszuüben. Das kann geschehen durch Eingaben, persönliche Vorstellungen, Frauendeputationen, öffentliche Versammlungen und durch die Arbeiterpresse. Mit aller Wucht muß die Arbeiterschaft ihren Willen, endlich eine geordnete Verteilung der Lebensmittel und eine erträgliche Preisgestaltung zu verlangen, zum Ausdruck bringen. (Einstimmig angenommen.)

Vom nahen Orient.

I.

Europa hat zwei Jahre Krieg erlebt. Seit vierundzwanzig Monaten beherrscht die auswärtige Politik den Tag, zwei Jahre lang lebt die Menschheit Europas unter ihren Gesetzen, beugt sie sich fast willenlos ihren Geboten.

Vor dem Kriege hatten die Volksmassen so gut wie keine Fühlung mit der auswärtigen Politik. Die Beziehungen der Staaten zueinander wurden im Dunkel der Kabinette und Kanzleien behandelt, und wenn die Diplomaten einen Spalt am Deckel ihres Geheimnischreines öffneten, dann verstanden die Massen ihre Sprache nicht. Und nun sind sie seit zwei endlos langen Jahren Objekte der auswärtigen Politik.

Daß es auch die Sozialdemokratie an ausreichender Beschäftigung mit der auswärtigen Politik hat fehlen lassen, ist während des Krieges schon oft gesagt worden. Das ist jedoch nicht absolut richtig. Wohl trifft zu, daß wir versäumt haben, unsere Anhängererschaft in das Wesen und die Tendenzen der Außenpolitik der Großmächte, vor allem Deutschlands, einzuführen. Auch in ihrer direkten Stellungnahme zu den Fragen der auswärtigen Politik ist die Partei über einige Reichstagsreden nicht viel hinausgekommen.

Dagegen darf nicht übersehen werden, daß die innere Politik der Sozialdemokratie einen steigenden indirekten Einfluß auf die Außenpolitik der Regierungen ausübte. Um das deutlich zu machen, brauchen wir nur an unsere Stellung zu den

*) Deutsche Orient-Bücherei. Herausgegeben von Ernst Jäckh. Verlag von Gustav Kiepenhauer, Weimar. E. Duard Sachau, Vom asiatischen Reich der Türkei. 88 S. 0,75 M. Dr. J. Jastrow, Die Weltstellung Konstantinopels in ihrer historischen Entwicklung. 88 S. 0,75 M. Joseph Hell, Der Islam und die abendländische Kultur. 65 S. 0,75 M. Dr. Alfred Philippson, Das türkische Reich. Eine geographische Uebersicht. 100 S. 1,50 M.

II.

Gegenüber den in bürgerlichen Kreisen und Parteien herrschenden Anschauungen, wie sie in der Presse und durch Beschlüsse bürgerlicher Parteien zum Ausdruck kommen, erklärt der Parteiausschuss:

Unter Aufrechterhaltung der von der Reichstagsfraktion und dem Parteiausschuss aufgestellten Richtlinien für den Friedensschluß ist gegen die Forderung der Eroberungspolitik, die den Widerstand der gegen Deutschland Krieg führenden Staaten noch mehr herausfordern und die Gefahr eines Krieges bis zur völligen Erschöpfung steigern, schärfster Protest einzulegen.

Die Sozialdemokratie hält fest an der prinzipiellen Verwerfung aller Annexionen sowie jeder politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Volkes von irgendeiner Seite; denn diese würden nur weitere Kriege in der Zukunft zur Folge haben. Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes, die Sicherung seiner politischen Unversehrtheit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müsse.

Wir fordern die sozialistischen Parteien aller Länder auf, für schnelle Herbeiführung des Friedens zu wirken, damit dem fürchterlichen Menschenmorden endlich Einhalt getan wird. (Gegen acht Stimmen angenommen.)

III.

Der Parteiausschuss hält die baldige Einberufung eines Parteitages zur Wiederherstellung eines geordneten Parteilebens dringend erforderlich. Da indessen die Gewähr für eine ungehinderte Vorbereitung und für eine unbeschränkte Aussprache auf einem Parteitage zurzeit nicht gegeben ist, empfiehlt der Parteiausschuss dem Parteivorstande die Einberufung einer Konferenz der Parteiorganisationen, um der fortschreitenden Zerrüttung der Partei vorzubeugen. (Gegen zwölf Stimmen angenommen.)

Politische Uebersicht.

Lieber Niederlage, als Aufgabe der Zölle!

Der konservative „Reichsbote“ äußert zur Frage der Neuorientierung eine Anschauung, die selbst in den Kreisen seiner Partei kaum völlig geteilt werden dürfte. Er ist nämlich der Auffassung, daß man sich eher den Frieden von den Feinden diktieren lassen könnte, als auf Zölle und indirekte Steuern zu verzichten. Er schreibt dazu wörtlich:

„Wenn die vielbesprochene innerpolitische Neuorientierung abhängig gemacht sein soll von dem Verzicht auf Zölle und indirekte Steuern nach dem sozialdemokratischen Befehl, dann wäre es wesentlich einfacher, wir legten heute die Waffen nieder und bäten unsere Feinde gehorsamst um den Frieden zu diktieren. Denn ein Verzicht auf Zölle und indirekte Steuern bedeutet in der unabweislichen Wirkung nichts anderes als den Verzicht auf die Erhaltung der deutschen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, in der Luft und unter Wasser, und bedeutet ferner die Herbeiführung einer Wirtschaftspolitik, die uns in hoffnungslose wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande führen würde.“

Nach diesem Urteil wird man ungefähr den Grad des Widerstandes jener Kreise gegen die innerpolitische Neuorientierung einschätzen können.

Die Wandlungsfähigkeit des Zentrums.

Im „Tag“ schreibt der Freiherr v. Jellisch über die Stellung des Zentrums zum Kriegsziel:

„Das Zentrum hat in bezug auf die Kriegsziele anfänglich mit den sechs Wirtschaftsverbänden durchaus denselben Strang gezogen, zu denen ja auch die dem Zentrum so nahestehenden katholischen Bauernvereine gehören. Noch vor Jahresfrist haben namentlich süddeutsche führende Zentrumsmitglieder, aber nicht diese allein, in diesem Punkte die stärksten Töne geredet. Nur in bezug auf die Freigebung der Erörterung der Kriegsziele wich das Zentrum im Reichstage wie im Landtage von den Rechtsparteien und den Nationalliberalen ab, in der Sache selbst stand es mit diesen auf demselben Standpunkte.“

Nicht anders war es betreffs der U-Boot-Frage. Noch im Februar d. J. hat das Zentrum den ganzen Vorstoß in der verfallenen Staatshandelskommission des Abgeordnetenhauses getreulich mitgemacht. Einschließlich der Veröffentlichung des Beschlusses, gegen die die bekannte Aeußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gerichtet war... Inzwischen ist ein be-

achtmittlein der Außenpolitik des Reiches zu erinnern, den militärischen Rüstungen zu Lande und zur See. Auch in unserem, zeitweise mit großer Macht hervortretenden Streben nach Demokratisierung des Reiches lag die Tendenz zur Beeinflussung der auswärtigen Politik in unserem Sinne. Ein wahrhaft demokratisch regiertes Land könnte nur eine im Interesse der Volksmassen geeignete Außenpolitik machen.

Soweit war alles gut und schön. Dagegen herrschte über die wichtige Frage, wie denn eine sozialistische oder auch nur demokratische Außenpolitik beschaffen sein müßte, wie sich ein demokratisch geleitetes Volk zu den Nachbarnationen zu stellen hätte, völliges Dunkel. Das wird nun anders werden müssen. Die Sozialdemokratie muß die Ziele und Mittel einer demokratischen Außenpolitik klar und zusammenhängend herausarbeiten und das Verständnis ihrer Gefolgschaft für die Geschäfte der Diplomaten wachrufen.

Wir müssen lernen — nicht umlernen! Und das Lernen und Lehren dürfen wir nicht auf die lange Bank schieben. Wir dürfen nicht in der Erwartung leben, daß das politische Treiben nach dem Kriege denselben ewig gleichförmigen Trott gehen wird wie vor dem Juli 1914. Die Politik wird Temperament bekommen, die Dinge werden sich drängen und treiben. Mit dem Friedensschluß wird es beginnen. Wenn die großen Fragen des Völkerebens vor uns hinstreten, dann müssen wir wissen, was wir wollen. Erkennen und Handeln müssen eins sein! Unser Wissen muß uns befähigen, im Chaos der sich kreuzenden nationalen und Klasseninteressen den Weg zum klar erfassten Ziele zu finden.

Heute ist es nicht möglich, die zukünftige auswärtige Politik des Reiches zu kennzeichnen, ohne mit dem Verbot der Erörterung der Kriegsziele in Konflikt zu kommen. Wer Vermutungen über Richtung und Inhalt der Außenpolitik nach dem Kriege anstellen will, muß von den Kriegszielen ausgehen. Ausgang und Ergebnis des Krieges, Inhalt und Deutung der Friedensbestimmungen werden jene Richtung vorzeichnen. Wie dieser Krieg aus der wirtschaftlichen und damit politischen Entwicklung der Nationen Europas in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, so wird er nach dem Friedensschluß die Politik der Mächte durch weitere Degeneration beeinflussen.

Aber das können wir wohl sagen: In der bevorstehenden Außenpolitik des Reiches wird der Begriff Einflußsphäre,

trächtlicher Umschwung in dessen Haltung festzustellen. Dieser trat äußerlich zuerst bei den Anträgen zu dem U-Boot-Kriege im Reichstage in Erscheinung...

Es handelte sich dabei aber offensichtlich nicht um eine Stellungsänderung in einer Einzelfrage; die Zentrumsreden im Reichstage und die Stellungnahme der Zentrumspresse namentlich in der Vertrauensfrage lassen kaum einen Zweifel darüber zu, daß das Zentrum auf der ganzen Linie nach der Richtung des Reichstagslers eingeschwenkt ist.

Die Frage, aus welchem Grunde dies geschah, wirft sich von selbst auf. Will man bei der Untersuchung nicht fehlgreifen, so wird man sich erinnern müssen, daß das Zentrum mit Idealität des Zieles Realpolitik in dem Wortes verwegenerem Sinne zu ver-einigen weiß... Das Zentrum rechnet augenscheinlich damit, daß die in der Person des Herrn Reichstagslers verkörperte Politik sowohl bei dem Friedensschlusse wie bei der Neuorientierung der inneren Politik nach ihm für die Reichsregierung wie für die preussische Regierung maßgebend bleiben wird, und hat daraufhin seine eigene Politik eingestellt. Diese ist, was die rein taktische Seite anlangt, stets darauf berechnet gewesen, dem Zentrum eine ausschlaggebende Stellung im Reichstage wie im Abgeordnetenhaus zu sichern. Natürlich nicht als Selbstzweck, sondern im Interesse der Zentrumspolitik.“

Vom deutschen Nationalauschuss.

Nachdem bereits kürzlich Landgerichtsdirektor Dr. Karl Röschling die Nachricht, daß er dem Nationalauschuss angehören solle, als unzutreffend bezeichnet hat, sendet jetzt auch Professor Dr. Rausbach folgende Erklärung: Der in der Presse veröffentlichte Aufruf des Deutsch-Nationalen Ausschusses trägt auch meinen Namen, „ganz ohne mein Zutun!“ Ich habe hiervon erst durch die Zeitungen Kenntnis erhalten. Meine Unterschrift ist weder erbeten, noch gegeben worden.

In einem der bürgerlichen Presse entnommenen Artikel über den Deutschen Nationalauschuss hatten wir angegeben, daß als Geschäftsführer auch ein Mitglied der bekannten Dool-Firma, ein Leiter des Kellereibureaus des verstorbenen Geheimrats Lingner, tätig ist. Die Lingner-Werke teilen uns jetzt mit, daß diese Annahme irrtümlich ist. Der betreffende Herr, der in anderen Zeitungen unter dem Namen Jäpfel genannt ist, ist niemals in der genannten Firma in irgendeiner Weise tätig gewesen.

Budgetbewilligung im württembergischen Landtag.

Im württembergischen Landtag wurde bei der Schlussabstimmung über den Etat des Staatsbudgets nahezu einstimmig genehmigt. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte ebenfalls für das Budget und begründete ihre Abstimmung damit, daß in dem Gesamtverhältnisse gegenüber dem Vorjahr keine Änderung eingetreten sei. Gegen den Etat stimmten nur die drei Genossen, die seit Kriegsbeginn eine eigene Fraktion bilden.

Behördlicher Schutz kinderreicher Familien.

Der Düsseldorfener Regierungspräsident hat an die Behörden nachstehende Verfügung erlassen:

Wiederholt ist hier zur Sprache gekommen, daß Leuten, die gewisse Besuche mit ihrer größeren Kinderzahl begründeten, z. B. bei einer Armenverwaltung, bei der mündlichen Erörterung von den betreffenden Beamten Vorwürfe wegen ihres Kinderreichtums gemacht worden seien. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Verhalten durchaus unangemessen, ja geradezu gemeinschädlich ist. Es geht von einer bößlich wie fittlich gleich zu vermerkenden Anschauung aus, wirkt irreführend und verkehrt auf die Eltern, deren Stolz und Freude ihre Kinder sind und sein sollen, und ist geeignet, den so ungemein wichtigen Bestrebungen gegen das Umfänglichwerden des Geburtenrückgangs bzw. der Kinderseuche entgegenzuarbeiten. Umgekehrt wird es im staatlichen wie im bürgerlichen Sinne gleich günstig wirken, wenn von allen Seiten und bei jeder Gelegenheit die Anliegen kinderreicher Familien grundsätzlich mit besonderem Wohlwollen behandelt und, soweit es irgend angängig ist, berücksichtigt werden.

Regelung des Seifenverbrauchs.

Die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschlösungen enthalten u. a. folgende wichtige Bestimmungen:

Feinseife und Seifenpulver müssen auf den Etüden bzw. auf den Packungen den Ausdruck R. A. Seife und R. A. Seifenpulver tragen. Der Ausdruck ist vom Hersteller vor der Weitergabe anzubringen. Die an eine Person in einem Monat abgegebene Menge darf 50 Gramm Feinseife (Toiletteseife, Kernseife und Kasserseife) sowie 250 Gramm Seifenpulver nicht

wie der Imperialismus eine gewisse Form seiner Herrschaft vieldeutig nennt, eine wichtige Rolle spielen. Dieses Wort müssen wir uns merken und seinen Sinn müssen wir zu durchschauen trachten.

Es ist schwer, Spekulationen über die Lage jener Einflußsphären anzustellen. Es darf jedoch vermutet werden, daß die im Kriege entstandenen oder fester geknüpften Beziehungen zu den Verbündeten nach dem Kriege nicht aufgelöst werden.

Die Linie Hamburg—Bagdad ist vor nicht langer Zeit oft und mit Begeisterung erwähnt worden. Und es sind unüberkennbare Bemühungen vorhanden, um diese Linie einen mehr oder minder einheitlichen Wirtschaftskomplex zu kristallisieren, der nach Lage der Dinge unter dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß des Deutschen Reiches stehen dürfte. Besonders am unteren Abschnitt der Linie, jenseits Konstantinopels, liegen Ländergebiete, die schon vor dem Kriege im Interessentum der deutschen auswärtigen Politik gestanden haben.

Es ist darum sehr nützlich, daß wir uns rechtzeitig über den Zustand jener weiten Gebiete Vorderasiens und über das Leben seiner Bewohner unterrichten.

In Deutschland gibt es einen Kreis von Politikern, die den Ländern am Taurus und Tigris besondere Zuneigung schenken. Seit Jahren treiben sie eine lebendige und keineswegs erfolglose Propaganda für die Beschäftigung der deutschen Außenpolitik mit diesen Gebieten. Während des Krieges ist diese Propaganda eher lauter und, wie uns scheinen will, auch erfolgreicher geworden. Herr Dr. Ernst Jäckh, wohl der bekannteste unserer Türkenpolitiker, konnte schon vor längerer Zeit der Öffentlichkeit von seinen Unterredungen mit dem Kaiser im Hauptquartier berichten.

Er ist es auch, der unter dem Titel „Deutsche Orient-Bücherei“ eine Folge von Schriften über Leben und Streben der Türkei herausgibt. Diese Schriften können dem, der sich über Zustand und Zukunft des Orients gründlich unterrichten will, zwar nicht genügen, aber wir dürfen doch nicht an ihnen vorbeigehen. Sie sind nach Form und Inhalt für einen großen Leserkreis bestimmt und sollen der Agitation dienen. Diese Agitation kennen zu lernen, ist für uns nicht minder wichtig als das Eindringen in die vielen schwebenden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen des Orients, worüber die Feste der Orient-Bücherei doch manche Information bieten.

übersteigen. Bei Feinseifen, die vom Hersteller in Umhüllungen in Verlehn gebracht werden, mit Ausnahme der A. A.-Seife, ist das unter Einschluß der Umhüllung festgestellte Gewicht maßgebend. Bleibt der Bezug einer Person in einem Monat unter der zugelassenen Höchstmenge, so wächst der Minderbetrag der Höchstmenge des nächsten Monats nicht zu. Dagegen ist der Vorausbezug für zwei Monate gestattet. Die Abgabe von Feinseife und Seifenpulver darf nur gegen Ablieferung des für den laufenden oder nächstfolgenden Monat gültigen, das abzugebende Waschmittel bezeichnenden Abschnitts der von der zuständigen Ortsbehörde auszugebenden Seifenkarte erfolgen. Diese gilt an allen Orten des Reiches. Auf Antrag werden für Ärzte usw., Krankenhäuser je bis zu vier Zusatzseifenarten, für Grubenarbeiter, vor dem Feuer und mit der Kohlenbeschäftigung ständig beschäftigte Arbeiter und für Schornsteinfeger je bis zu zwei Zusatzseifenarten und für Kinder bis achtzehn Monaten je eine Zusatzseifenkarte ausgegeben.

Bei Abgabe im Einzelhandel an den Selbstverbraucher dürfen die Preise in Packung oder Lose bei A. A.-Seife für ein Stück von 50 Gramm 20 Pf., von 100 Gramm 40 Pf. und bei A. A.-Seifenpulver für je 250 Gramm 30 Pf. nicht überschreiten, wobei geringere Mengen Seifenpulver entsprechend geringer zu berechnen sind. Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Diese Bestimmungen treten am 1. August in Kraft mit der Maßgabe, daß im August an Stelle der 250 Gramm Seifenpulver die gleiche Menge Schmierseife abgegeben werden darf. (B. L. B.)

Anmeldezwang für Druckpapier.

(Amtlich.) Eine Verordnung des Reichskanzlers vom 16. Juli 1916 unterteilt auch den Verbrauch von anderem als maschinenglattem, holzhaltigem Papier für Druckwerke aller Art, Musikalien, Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften der Ueberwachung der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe. Eingeführt ist vor allem eine mehrfache Anzeigepflicht; sie erstreckt sich auf den Verbrauch in den Jahren 1913, 1914, 1915 und im ersten Halbjahr 1916, bei periodisch erscheinenden Druckschriften auch auf den Seitenumfang in den gleichen Zeitabschnitten, ferner auf den Papierbestand am 1. August 1916. Alle diese Anzeigen sind bis zum 7. August 1916 der Kriegswirtschaftsstelle auf Fragebogen, die von dieser Stelle anzufordern sind, zu erstatten. Ferner ist regelmäßig der Verbrauch des letzten Monats jeweils bis zum 10. des folgenden Monats anzuzeigen, erstmals für Juli bis zum 10. August. Die Meldepflichten haben ihre Wäcker so zu führen, daß Bezug, Verbrauch und Verwendungszweck des Papiers jederzeit nachgewiesen werden kann. Die Kriegswirtschaftsstelle darf Einsicht in die Bücher nehmen. Die Verordnung begründet ferner, ebenso wie es schon für maschinenglatte, holzhaltiges Druckpapier vorgeschrieben ist, einen Vermittlungszwang zugunsten der Kriegswirtschaftsstelle; Bestellung und Abzug des Papiers (auch selbsten, das aus eigenen Fabriken bezogen wird) geht ausschließlich durch die Kriegswirtschaftsstelle. Der Verkauf des Papiers an die Bezüge ist der Kriegswirtschaftsstelle binnen zwei Tagen anzuzeigen. Papier, das ursprünglich zu anderen Zwecken bestimmt war, darf zur Herstellung von Druckwerken usw. nur nach Anmeldung bei der Kriegswirtschaftsstelle verwendet werden. Sie kann käufliche Ueberlassung von Papier, das zur Herstellung von Druckwerken geeignet ist, verlangen oder es, wenn die Ueberlassung nicht freiwillig erfolgt, für sich enteignen lassen. Zur Deckung der Unkosten der Kriegswirtschaftsstelle ist von jeder Papierlieferung vom 27. Juli ab eine Gebühr (10 Pf. für je angefangene hundert Kilogramm) zu entrichten. Ueber die Einzelheiten der Anmeldepflicht usw. gibt der Wortlaut der Verordnung Auskunft, die im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist.

Der Kampf um die bürgerliche Demokratie in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Der Krieg hat auch auf die bürgerlichen Parteien föhrend, wenn nicht zersetzend eingewirkt, wobei der „Durgfriede“ vielleicht mehr fördernd als hemmend gewirkt hat. In der Schweiz war er auch nur bis zu einem gewissen Grade eingetreten und darüber gab es innere Kämpfe der Parteien und Kämpfe der verschiedenen Parteien gegeneinander wie in der früheren Friedenszeit. In den Parteien der Schweiz kommen dazu noch die nationalen Verschiedenheiten des Temperaments und der Auffassungen, die die innere Kämpfe verschärfen mußten. Bei der herrschenden freisinnigen Partei drohte ein vollständiger Bruch zwischen ihren Anhängern in der deutschen Schweiz auf der einen, ihren Anhängern in der französischen Schweiz und im Kanton Tessin auf der anderen Seite eingetreten. Zeitweise wirkten dabei am stärksten mit die verschiedenen nationalen Sympathien für die kriegsführenden Nationen; aber auch der Gegensatz zwischen den welschen Föderalisten und den deutschen Zentralisten wirkte dabei mit. Bis zum gefährlichen Höhepunkt des wirklichen Auseinanderfallens der freisinnigen Partei spitzten sich die Gegensätze zwischen deutsch und welsch zu durch die Vereinfachung von Truppen in Zürich zur Entsendung in die welsche Schweiz anlässlich der im Februar 1916 erfolgten kriegsgerichtlichen Freisprechung der wegen Landesverrat angeklagten beiden Obersten. In der verflochtenen Märzsession der Bundesversammlung kam zwischen deutsch und welsch auf Kosten der letzteren ein fauler Frieden zustande und am Schlusse der Junisession wiederholte sich das gleiche Spiel, worüber es nun bei den Welschen neue Entrüstung gab. Unter diesen Umständen mußten die freisinnigen Parteihäupter endlich den von den Welschen immer dringlicher geforderten, von jenen aber um so mehr gefährdeten Parteitag einberufen, der jetzt am 8. und 9. Juli in Bern unter großer Beteiligung stattfand. Selbst nach den frühesten Zeitungsberichten scheint es sehr hitzig zugegangen zu sein. Die Neuenburger Radikalen beantragten die Mißbilligung der „ungenauen Auskunft“ des Chefs des Militärdepartements über die Truppenbereitschaft in Zürich gegen die französische Schweiz sowie die Mißbilligung über die Verhinderung der Debatte darüber durch die freisinnigen Drahtzieher in der Sitzung des Nationalrates vom 23. Juni 1916; die Verurteilung der undemokratischen Gespinntheiten in der Armee; die Behauptung der Vorherrschaft der Zivilgewalt über die Militärgewalt und gebührende Verurteilung der Verletzung dieses Prinzips, endlich die Neuorientierung der schweizerischen Politik in dem Sinne, der dem Wesen des Bundesstaates und unsern Ueberlieferungen von Freiheit und Demokratie entspricht. Diese Neuenburger Anträge haben nur Wert als ein Stimmungsbild aus der welschen Schweiz, und zwar nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der proletarischen Bevölkerung. Was auf Antrag des bekannten Zürcher Demokraten Dr. Wettstein schließlich beschlossene wurde, lehnt sich zwar an den Gedankengang der Neuenburger Resolution, aber in abgeschwächter Form, an und betont zugleich die Notwendigkeit einer einigen und geeinigten freisinnigen Partei. Der Beschluß ist ein Kompromiß, bei dem die Deutschschweizer Haare lassen mußten, ohne die Welschen zu befriedigen, denn es wurde nur mit 263 gegen 49 Stimmen bei 50 welschschweizerischen Enthaltungen angenommen. Mit der freisinnigen Parteieinheit sieht es also auch nach dem Parteitag noch recht brüchig aus.

Dagegen fand einstimmige Annahme eine nichtsagende Resolution zur Finanzreform, für die der Bundesrat ein umfassendes Finanzprogramm schaffen soll. Die freisinnige Partei selbst verpflichtet sich damit zu gar nichts und so konnten die Vertreter aller Richtungen dieser zusammengewürfelten Partei, die nur durch die Vorteile der politischen Macht, über die sie als die herrschende Partei verfügt, zusammengehalten wird, dafür stimmen. Auf die weitere Gestaltung der politischen und finanziellen Verhältnisse der Schweiz wird auch die im Kriege erstarkende sozialdemokratische Partei einen gewichtigen Einfluß ausüben.

Die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter.

Von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes erhalten wir folgenden Bericht, an dem wir seines großen Umfangs wegen einige Kürzungen vorzunehmen gezwungen waren:

Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes für das erste Quartal 1916 zeitigte eine so lebhaft diskutierte, daß sie vier Abende in Anspruch nahm.

Aus dem Klassenbericht geht hervor, daß die Einnahmen der Hauptklasse 430 751,75 M. betragen. Unter den Ausgaben befinden sich 250 000 M., die an die Hauptklasse abgeführt wurden. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 2 142 166,85 M. Der Barbestand der Lokalkasse betrug am 1. April 1916 1 685 270,78 M.

Wie der Kassierer bemerkte, hat der Bestand der männlichen Mitglieder auch im ersten Quartal noch etwas zugenommen, während der Bestand der weiblichen Mitglieder zugenommen hat. Der Mitgliederbestand am Schluß des ersten Quartals war auf Grund der geleisteten Beiträge 51 751.

Einer Anregung entsprechend, erklärt sich die Generalversammlung damit einverstanden, daß den Angehörigen des Verbandes eine weitere Teuerungszulage gegeben wird. Art und Höhe derselben soll von der Ortsverwaltung festgesetzt werden.

Sodann wurden die an die Generalversammlung gestellten Anträge erledigt. Zwei von Barth gestellte Anträge beschäftigten sich mit der

Häufung für Kriegsverletzte.

Der erste Antrag will die Umgestaltung der im Kriegsausschuß mit den Unternehmern getroffenen protokollarischen Abmachungen in feste, unterschrieben anerkannte Verträge, während der zweite Antrag die beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zur Geltung von Initiativanträgen verpflichten will, um eine gesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge herbeizuführen.

In der Diskussion betont R. Müller gleichfalls das Ungenügende der protokollarischen Abmachungen, und zwar aus prinzipiellen Gründen. Er verlangt gleichfalls schriftliche Abmachungen. Der bisherige Tätigkeitsauftrag auf diesem Gebiet messe er keinen Wert bei. Der Redner stellt einen entsprechenden Zusatzantrag zu dem Antrage Barth.

Gegen die Ausführungen Müllers wendet sich Cohen. Er erblicke in den Ausführungen Müllers eine Negation der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Situation der Kriegsbeschädigten werde durch die Annahme des Antrages Müller auch keine andere. — Auf die Anträge Barth eingehend, betont Cohen, er sei mit Barth über die Verpflichtung der Organisation, den Kriegsbeschädigten zu helfen, einer Auffassung. Nur über den einflussreicheren Weg, um schnelle Hilfe zu bringen, sei er anderer Meinung als Barth. Es müsse alles getan werden, was möglich ist, zum Schutze der Kriegsbeschädigten, doch werde auch bei Bestehen der besten Einrichtungen sehr viel auf die Haltung der gesunden Kollegen im Betriebe gegenüber den Kriegsbeschädigten ankommen. Es bestehe zwischen Barth und der Ortsverwaltung das Einverständnis, daß beide Anträge der Ortsverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen werden. Die Generalversammlung beschließt einstimmig dementsprechend.

Der von Müller gestellte Zusatzantrag wird von diesem zurückgezogen.

Vier weitere zur Beratung stehende Anträge von Reihofe, Spaarmann, Haendel und Diesner verlangen die

Einführung von Extrabeiträgen für den Kriegshilfsfonds.

Die ersten drei Anträge mit obligatorischer Beitragszahlung, der letzte Antrag mit freiwilliger Zahlung. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung aller vier Anträge durch die Generalversammlung.

Wie in der Diskussion von einzelnen Rednern betont wird, genügen bei hinreichender Betätigung der Vertrauensleute die vorhandenen freiwilligen Sammlungen den Ansprüchen an den Kriegshilfsfonds.

Ein Antrag Pfaffen schläger, die Jahresberichte den Teilnehmern der Generalversammlung fünf bis sechs Wochen vor Stattfinden der Generalversammlung zuzustellen, wird nach kurzer Erörterung der sich entgegenstellenden technischen Schwierigkeiten gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Ein von R. Müller als Zusatz zum § 10 des Ortsstatuts gestellter Antrag verlangt:

„Anträge, welche in der Generalversammlung gestellt werden, gelten als Dringlichkeitsanträge. Ueber die Zulässigkeit entscheidet die Generalversammlung.“

Anträge zur Geschäftsordnung können jederzeit gestellt werden. Ueber diese entscheidet in jedem Falle die Generalversammlung.

Nach Erledigung der Tagesordnung wählt die Generalversammlung eine Kommission von fünf Mitgliedern, die den Bericht für den „Vorwärts“ und die „Metallarbeiterzeitung“ ausarbeitet. Mitglieder der Ortsverwaltung sind wählbar, jedoch dürfen höchstens zwei der Kommission angehören.

Wie Müller ausführt, habe die unterschiedliche Behandlung aus der Mitte der Versammlung gestellter Anträge durch Cohen die Veranlassung zu diesem Antrag Absatz 1 gegeben. Die Annahme des zweiten Absatzes sei nötig, um völlige Klarheit zu schaffen. Die Annahme des dritten Absatzes sei nötig, um klare und übersichtliche Berichte über unsere Generalversammlung zu bekommen. Besonders der letzte Bericht im „Vorwärts“ sei einseitig. Nicht zu finden seien die Beschlüsse über die Haltung der Generalversammlung dem Parteistreit gegenüber. Er verlange objektive Berichterstattung. Berichte von der Verbandsleitung selbst gegeben, seien nicht objektiv. Darum beantrage er im dritten Absatz die Einsetzung einer Redaktionskommission.

In der Diskussion wird von Cohen hiergegen eingewandt: Die Aufzeichnungen des Schriftführers seien von der mittleren Ortsverwaltung geprüft und gegen zwei Stimmen gutgeheißen. Im Einvernehmen mit der ganzen Generalversammlung und Müller seien die angenommenen Resolutionen den in Frage kommenden Instanzen übermittelte. Müller sei selbst mit der Nichtveröffentlichung einverstanden gewesen. Uebrigens sei der Antrag des Kollegen Müller bezüglich der Redaktionskommission schon deshalb nicht anzunehmen, weil die Publikationen des Verbandes zu den Aufgaben der Ortsverwaltung gehören. Das könne durch Beschlußfassung irgendwelcher Art nicht geändert werden.

Die Annahme des ersten Absatzes des Antrages Müller bedinge eine Änderung des § 10 des Ortsstatuts überhaupt, und müsse dies vorher geschehen. Auch § 7 Absatz 2 des Ortsstatuts müsse geändert werden. Nach dem bestehenden Ortsstatut müssen alle Anträge, die der Generalversammlung vorgelegt werden, vorher die Bezirksversammlung passieren. Der Antrag Müller bringe eine Schwächung der Rechte der Mitglieder, und darin könne er nicht einwilligen. Damit die Mitglieder selbst entscheiden können, ob sie mit einer Minderung ihrer Rechte einverstanden sind, müsse für den Fall der Annahme dieses Absatzes eine Urabstimmung vorgenommen werden.

Abatz 2 des Antrages (Geschäftsordnungsanträge betreffend) spreche eine Selbstverständlichkeit aus. Natürlich könne es sich aber nur um Anträge im Rahmen des Statuts handeln.

Ismer, der bisherige Schriftführer, erucht, obgleich er dem Antrage Müller die Berechtigung nicht absprechen könne, um Ablehnung desselben. Er bitte, den neuen Schriftführer nicht durch eine Ueberwachungskommission zu belasten, vielmehr erucht er um die Annahme des Antrages: „Die Berichte für den „Vorwärts“ und die „Metallarbeiterzeitung“ sind vom Schriftführer herzustellen. Sie sind unverändert durch den Schriftführer den in Frage kommenden Schriftleitungen zuzustellen.“

Müller zieht den Absatz 3 seines Antrages (Redaktionskommission) zugunsten des Antrages Ismer zurück. Nach weiteren lebhaften Debatten zwischen Cohen, Siering, Ismer und Müller und nach Abgabe einer Erklärung des jetzigen Schriftführers Rusch, sich von keiner Seite beein-

flussen zu lassen, nimmt die Generalversammlung die Abstimmung vor.

Der Antrag Ismer wird einstimmig angenommen mit der von Cohen vorgeschlagenen Maßgabe: „Unter Verantwortung der Ortsverwaltung“.

Auf Vorschlag von Cohen wird über Absatz 1 und 2 des Antrages Müller eine Abstimmung nicht vorgenommen, und ist die Generalversammlung damit einverstanden, daß, um Anträge wie die von Müller gestellten anzunehmen, vorausgehen müsse eine Abänderung des Ortsstatuts. Hierzu aber müssen erst statuten-gemäß Anträge an die Generalversammlung gelangen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung liegt der Bericht und die Vorschläge der im September 1915 eingewählten

Reformkommission

vor. Wie Siering als Berichterstatter der Kommission ausführt, hätten 17 Sitzungen zur Prüfung der von R. Müller eingereichten Richtlinien zwecks Reorganisation der inneren Organisationsrichtungen stattgefunden. Nach eingehenden Beratungen schloge die Reformkommission vor:

1. Die Einrichtung einer Betriebskartothek, bestehend aus: a) Betriebskarte, b) Abteilungskarte, c) Losen Akten. Das zur Instandhaltung nötige Material solle halbjährlich durch statistische Erhebungen ermittelt werden.

2. Eine Aufhebung des jetzigen Meldestellenwesens und Zentralisierung desselben im Bureau.

3. Eine Verringerung der Meldung der Arbeitslosen, die sich jedoch nur auf die Erhebung statistischen Materials erstreckt.

4. Die Aufstellung von Kandidaten zu Verbandstagen und Kongressen nach bestimmten, vorgeschlagenen Grundzügen vorzunehmen.

5. Zur Durchführung einer gewissenhaften Beitragsregistrierung und zur Befestigung der recht erheblichen Risiken in der Beitragsleistung beantragt die Kommission gleichfalls die Einführung des Hauskassierersystems mit der Maßgabe, daß die Kassierung durch besoldete Hauskassierer erfolgt. In Bezirken, in denen sich die Anstellung nicht lohnt, soll die Kassierung durch Hauskassierer im Nebenamt erfolgen.

Dem zweiten Teil der Richtlinien Müller habe die „Reformkommission“ nicht zustimmen können. Nach ihrer Ansicht sei das jetzige System der Branchen- und Bezirks-Agitationskörperschaften das Beste und darum beizubehalten. Auch die von Müller geforderte Gruppenbildung sei von der Kommission abgelehnt worden. Im übrigen eruche die Kommission um Annahme ihrer Vorschläge, deren baldige Erfüllung durchaus notwendig sei.

Ein hierzu von Müller eingebrachter Antrag: „Einen Agitationsplan der nächsten Jahresgeneralversammlung vorzulegen“, fand keine Begründung, da Antragsteller eingezogen, also nicht anwesend ist.

Baranowski ergänzt die Ausführungen Sierings, die Reformkommission eruche nur um die prinzipielle Zustimmung der Generalversammlung. Die endgültige Durchführung der Vorschläge solle der Ortsverwaltung übertragen werden.

In eine weitere Beratung der Reformvorschläge tritt die Generalversammlung nicht ein, beschließt vielmehr, diese und den Antrag Müller, den Agitationsplan betreffend, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Generalversammlung zu setzen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft. Vor Eintritt in dieselbe wurde von R. Müller folgende

Perichitigung des letzten Berichtes

im „Vorwärts“ eingebracht und Aufnahme im Bericht zugesagt:

„Im Bericht über die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin kommt nicht genügend klar zum Ausdruck, daß die Generalversammlung fast einstimmig durch Annahme der Resolution Müller scharfen Protest dagegen eingelegt hat, daß die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission sowie auch die Generalkommission selbst in den bekannten Kundgebungen sich in den Parteistreit eingemischt haben. Die Generalversammlung hat sich auf dem Standpunkt gestellt, daß ein derartiges Verhalten nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört.“

Durch die Annahme einer Resolution hat die Generalversammlung sich auch entschieden gegen den Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ gewandt betreffend „Neue Kriegsteuern“, da die in dem Artikel niedergelegten Ansichten gegen Geist und Wesen der modernen Arbeiterbewegung verstoßen. —

Am Schluß der Generalversammlung teilt Cohen der Generalversammlung noch mit das folgende

Schreiben des Kriegsministeriums.

„Unter Bezugnahme auf den kürzlich gedruckten Wunsch leit Ihnen das Departement den Inhalt des Erlasses Nr. 1121/7. 15 C. 2 vom 21. Juli 1915 mit.“

Den aus Anlaß des jetzigen Krieges mit Rente und Kriegszulage versorgten Personen wird es bei ihrem Körperzustande trotz eifrigster eigener Bemühungen und trotz Eingreifens der Kriegsfürsorgestellen nicht immer möglich sein, in absehbarer Zeit ihr früheres Arbeitseinkommen nur annähernd zu erreichen.

Da eine gesetzliche Regelung erst nach dem Kriege wird erfolgen können, soll schon während des Krieges den Beschädigten auf Antrag, der an den zuständigen Bezirksfeldwebel zu richten ist, aus hierzu bereitgestellten Mitteln, soweit angängig, im Unterstüpfungswege geholfen werden.

Die Erjahrtruppenteile, Bezirksfeldwebel und Pensionsteilnahmebehörden sind angewiesen worden, die Rentenempfänger hierauf hinzuweisen.

Auch die Presse hat die Möglichkeit der Gewährung einer solchen Zubehaltung hervorgehoben.

An den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes,

Herrn Adolf Cohen

hier C. 54.

Aus Industrie und Handel.

Die amerikanische Industrie nach dem Kriege.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 12. Juni veröffentlicht einen Brief seines New Yorker Berichterstatters über den Kampf, welchen amerikanische Industrie und Handel mit Handel und Industrie Europas auszutragen haben werden. Es heißt darin: Mehr und mehr sieht man, wie sich die Ueberzeugung festsetzt, daß die Vereinigten Staaten einem Kriege entgegengehen. Nicht etwa einem blutigen Kriege mit all dem damit zusammenhängenden Elend wie die Alte Welt, sondern einem hartnäckigen Kampf seiner Handels- und Industriekräfte mit denjenigen Europas. Dieser Kampf wird tatsächlich sofort anfangen, wenn zwischen dem sogenannten Viererband und den Mittelmächten Frieden geschlossen worden ist. Mit wahnwitzigem Eifer werden die am besten ausgedachten wirtschaftlichen Ausrüstungen und planmäßigen Organisationen auf dem Felde erscheinen, um auf den Weltmärkten festen Fuß zu fassen. In mehr als einer Hinsicht können die Vereinigten Staaten als benachteiligt bei dem Weltkampfe angesehen werden. In diesen Kriegsjahren hat die große Republik immer noch mehr an deren Waren als eigenliche Kriegspartikelien nach Europa geliefert. Ob nun wohl die unter den Waffen stehenden anderen Nationen instande sein werden, solche Lieferungen sofort wieder selbst auszuführen?

Amerikas bedeutende Betriebe werden darum bald den Kampf gegen demobilisierte Armeen unternehmen müssen, gegen ungelernete Arbeiter, die bis zum äußersten Grad der Geschicklichkeit gebracht wurden. Gegen in großer Zahl eingewidete weibliche Arbeitskräfte, die nun über besondere Wehndigkeit und Erfahrung in den ihnen überlassenen Arbeitsgebieten verfügen; verlebte Veteranen, für die Flug ausgeübte Beschäftigungen erfunden worden sind, die vorher so vielen unterlebten Händen Beschäftigung gaben.

ragt und zum höchsten Grade der Leistungsfähigkeit aufgereizt durch Nationen, die sich an allerlei Entbehrungen, Selbstaufopferung und Selbstverleugnung gewöhnt haben und so bereit sind, den Friedenskampf aufzunehmen, nachdem sie abgehärtet sind und ein paar Jahre lang der Kriegstüchtigkeit unterworfen waren. . .

Von allen Seiten werden die reichen natürlichen und anderen Hilfsquellen und das riesige Gebiet Ozean als ein großer Vorteil in dem zu erwartenden Kampf angesehen. Seine über eine riesige Oberfläche verteilten 100 Millionen Sproßlinge haben inzwischen ihre Kräfte an allerlei Friedensarbeit gestählt. Während Europa unter seiner Schuldenlast ächzt und Millionen fleißige Hände einbüßt, hat Amerika sein Kapital vermehrt und viele seiner noch ausstehenden Schulden getilgt; dabei haben die Bestellungen aus der Alten Welt die Arbeiterheere stark vermehrt. Ozean wird Europa als hauptsächlichstes Absatzgebiet nur dann behalten können, wenn es zu gleicher Zeit dort auch einkauft. Es wird aber ohne Zweifel eine Umwälzung eintreten, sobald der Friede erst einmal geschlossen ist; auch Amerika wird unmittelbar die Folgen davon spüren. Inwiefern es sich der Auffassung derjenigen anpassen kann, die an Stelle eines erneuten Handelskampfes friedliche Zusammenarbeit als vorteilhaft für den Frieden ansehen, wird die Zeit noch lehren müssen.

Am 13. Juni schreibt dasselbe Blatt: Der Handelsbericht-erstatte des „Handelsberichts“ schickt seinem Blatt folgende Uebersicht über die finanzielle Lage der Vereinigten Staaten von Amerika und Kalifornien: Die Dividenden und Gewinne der meisten Unternehmungen haben, ebenso wie die „bank clearings“ und Depositen eine ungeahnte Höhe erreicht. Wie lange dieser günstige Zustand noch dauern wird, ist natürlich das Tagesgespräch. Nach Meinung einiger Sachverständiger ist das Fundament des Landes so gesund, daß wahrscheinlich, von einigen unbedeutenden und kurzen Rückschlägen abgesehen, das Land den gegenwärtigen Vorsprung behalten und sogar noch bis zu einer gewissen Grenze vergrößern wird.

Andererseits ist es aber gut, auch das Urteil des bekannten James J. Hill zu kennen. Nach seiner Ansicht „herrscht in Amerika eine fieberhafte Tätigkeit, die in einer Nacht wieder verschwinden kann. Die große Lebhaftigkeit im Transportgeschäft ist hauptsächlich dem europäischen Krieg zu verdanken. Das Geld, welches die Bevölkerung für ihre Produkte empfängt, wird durch den angelegenen Kredit der europäischen Staaten aufgebracht. Sie bringen die Hunderte von Millionen dadurch auf, daß sie die Staatsschulden zu einer ungeahnten Höhe anschwellen lassen; so schleppen sie eine große finanzielle Last mit sich, welche durch zukünftige Geschlechter getragen werden muß. Sobald der Friede in Sicht ist, wird die Flut der Bestellungen auf Kriegsmaterial gegen hohe Preise plötzlich aufhören. Europa wird dann mit der langsamen Regelung des enormen Schadens, der durch den Krieg verursacht worden ist, anfangen. Die Vereinigten Staaten werden dann ihren Anteil an den Kriegskosten beitragen müssen. In dieser modernen Zeit kann nicht eine große Nation einen nie gekannten und anhaltenden Vorsprung genießen, während ein großer Teil der Welt mit finanziellen Schwierigkeiten kämpft.“

Nach Friedensschluß wird man in Amerika die Eisenbahnen nicht mehr mit für die Hafen bestimmten Waren überfüllt sehen und ebenso nicht die Lagerhäuser der Seehäfen voll von Waren, welche auf eine Gelegenheit zur Verfrachtung warten.“

Soziales.

Jugendwehrlübungen als Fortbildungspflichtstunden.

Das Kammergericht hat abermals die Ansicht für rechtmäßig erklärt, daß die Jugendwehrlübungen, falls sie ordnungsmäßig in den Stundenplan eingefügt sind, als Unterrichtsstunden der Pflichtfortbildungsschule zu erachten seien.

Wegen Uebertretung des Ortsstatuts der Stadt Rauban war Herr Haase angeklagt worden, weil auf seine Weisung sein in Rauban in der Lehre befindlicher Sohn an den Jungwehrlübungen nicht teilgenommen hatte. Diese Uebungen sind mit Genehmigung des Regierungspräsidenten als Pflichtstunden in den Lehrplan der Raubaner Fortbildungsschule eingestellt worden. Der Angeklagte bestritt die Verpflichtung des Sohns zur Teilnahme an diesen Jungwehrlübungen. Besonders aber betonte er, daß er den Sohn besonders auch deswegen nicht zur Teilnahme an den Uebungen verpflichtet halte, weil ihm nicht von der Fortbildungsschule die für die Uebungen erforderlichen Kleider und Stiefeln geliefert würden. Auch könnte er selber nicht wegen Uebertretung des Raubaner Ortsstatuts angeklagt werden, weil er, der Vater, nicht im Bezirk der Stadt Rauban wohne. Das Landgericht in Göllich verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Die Jungwehrlübungen als Pflichtstunden der Fortbildungsschule seien ordnungsmäßig durch die Gemeindebehörde mit Genehmigung des Regierungspräsidenten eingeführt worden. Durch das Ortsstatut selber seien mit Recht gemäß den Befugnissen aus § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung die Eltern und Vormünder für verpflichtet erklärt worden, die zum Fortbildungsunterricht Verpflichteten nicht vom Unterricht abzuhalten. Diese Pflicht hätten auch Eltern, die auswärts wohnten. Angeklagter sei

Rauban in die Lehre gegeben habe. Dinstaglich wäre auch der Einwand des Angeklagten, daß der Sohn mindestens solange nicht zur Teilnahme an den Jungwehrlübungen verpflichtet sei, als ihm nicht von der Behörde angemessene Kleider dazu geliefert würden. Keine Schule habe Kleider zu liefern. Der junge Mann hätte ja in seinen Alltagskleidern daran teilnehmen können. Das Kammergericht verwarf die nun vom Angeklagten noch eingelegte Revision mit folgender Begründung: Jugendwehrlübungen könnten als Teil des Lehrplans der Fortbildungsschule eingeführt werden. Das sei hier von der zuständigen Behörde, der Gemeindebehörde, geschehen, und der Regierungspräsident habe seine dazu erforderliche Genehmigung erteilt. Auch sei der neue Lehrplan genügend veröffentlicht worden. Der angeklagte Vater Haase müßte sich fügen, nachdem er seinen Sohn in Rauban in die Lehre gegeben habe. Alle seine Einwände gingen fehl. Er sei mit Recht verurteilt worden.

Gerichtszeitung.

Brotskartendiebstahl.

Zu den Personen, die sich damit beschäftigen, gestohlene Brotsorten zu verschärfen, gehört ein gewisser Hermann Schlieper.

Er stand gestern unter der Anklage der Fälscheri vor der Ferienstrammer des Landgerichts I. Er war dabei betroffen worden, als er eine Anzahl Brotmarken, die zu einer in der Brotkommission I gestohlenen größeren Menge gehörten, an den Mann bringen wollte. In seinem Besitze wurden noch 61 Brotsorten vorgefunden. Der Angeklagte behauptete, daß er die Brotsorten in der Nähe der Pfandkammer in der Schönhauser Straße gekauft habe. Da er schon einmal wegen Fälscheri eine längere Zuchthausstrafe verbüßt hat, verurteilte ihn der Gerichtshof zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus.

Höchstpreisverletzung.

Einen empfindlichen Denksatz erhielt der Fleischerhändler Konrad Schmidt, der gestern vor der Ferienstrammer des Landgerichts I stand.

Der Schlächtermeister Nicolai wollte in der Zentral-Markthalle von dem Angeklagten Schweinefleisch kaufen und verhandelte mit ihm über den Preis. Er konnte aber keine rechte Antwort erhalten, der Angeklagte erklärte nur wiederholt, daß noch Mindestpreis dazu gelegt werden müsse, und verlangte für das Pfund 2,70 M., während der Höchstpreis nur 1,40 M. betrug. Der über dieses Anfinnen empörte Käufer machte der Polizei Anzeige, die das Ergebnis hatte, daß das Schöffengericht den Angeklagten zu 1500 M. Geldstrafe verurteilte. Die hiergegen eingelegte Verurteilung wurde von der Strammer verworfen.

Nachprüfungsrecht des Richters bei Schulverhältnissen.

Auf Antrag der Schulaufsichtsbehörde war gegen Herrn Stolz eine Geldstrafe verhängt worden, weil er an verschiedenen Tagen sein Kind die Schule nicht hatte besuchen lassen. Wegen des Einwandes des Vaters, das Kind sei an jenen Tagen infolge einer Krankheit noch nicht zum Schulbesuch fähig gewesen, hatte vorher die Schulaufsichtsbehörde ärztliche Gutachten eingeholt. Der Kreisarzt hatte sich im Gegensatz zu einem vom Vater beigebrachten ärztlichen Gutachten dahin ausgesprochen, daß das Kind nicht mehr krank gewesen sei und die Schule hätte besuchen können. Das Landgericht als Verurteilungsinstanz bestätigte die Schulstrafe, indem es ausdrücklich davon ausging, daß die von der Schulaufsichtsbehörde festgestellte Möglichkeit des Schulbesuchs, also die Feststellung einer nicht berechtigten Schulverhinderung, die die Schulaufsichtsbehörde getroffen habe, für den Strafrichter bindend sei.

Das Kammergericht gab der vom Angeklagten eingelegten Revision statt, hob das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Rechtswirrig sei die Annahme des Landgerichts, daß die Ansicht der Schulaufsichtsbehörde, ob die Schulverhinderung begründet sei oder nicht, den Strafrichter binde. Ob sich Eltern schuldhaft gegen eine Schulverordnung verhalten hätten, habe vielmehr der Richter selbständig zu prüfen. Er sei dabei nicht gebunden an die Auffassung der Schulaufsichtsbehörde. Da sich das Landgericht daran gebunden hielt und darauf sein Urteil stütze, so müsse das Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen werden.

Von der Polizeistunde.

Frau Heidecker leitete in Abwesenheit ihres kranken Mannes im Sommer 1915 dessen Schankwirtschaft in Wilmersdorf, für die die Polizeistunde um 1 Uhr nachts eintrat. Am 31. August hatte sie um 12 1/2 Uhr Feierabend geboten und zum Bezahlen aufgefordert. Es waren sieben Gäste anwesend. Wegen der Höhe der Reche geriet sie mit einem Kraftwagenführer in Wortwechsel. Der Kraftwagenführer wurde sehr laut. Frau Heidecker forderte zwei ihr gut be- e Gäste auf, bis zur Erledigung der Auseinander-

wagenführer nach Bezahlung der Reche das Lokal. Es waren inzwischen 25 Minuten vergangen, die Polizeistunde also schon seit zehn Minuten eingetreten. Die anderen vier nicht beteiligten Gäste waren aber auch solange geblieben. Da ein Schuttmann hinzukam, erhielt Frau H. eine Anklage wegen Uebertretung der Polizeistunde.

Das Landgericht III verurteilte Frau H. zu einer niedrigen Geldstrafe, weil sie auch das Verweilen derjenigen vier Gäste, die sie nicht aufgefordert hatte, zu ihrer Unterstützung in dem Streit dazubleiben, über die Polizeistunde hinaus geduldet habe. Das hätte sie nicht dürfen. Die Strafe sei gering bemessen, weil sie sich bei Erfüllung ihrer Wirtspflicht befonderen Schwierigkeiten gegenüber sah.

Das Kammergericht verwarf die von der Frau eingelegte Revision. Es sei alles festgestellt, was zur Verurteilung auf Grund des § 385 wegen Ueberschreitung der Polizeistunde notwendig sei. In Frage hätte nur kommen können, ob sie nicht auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes zu verurteilen war. Dadurch aber, daß dieses strengere Gesetz nicht zur Anwendung gekommen sei, könne sie sich nicht beschwert fühlen.

Aus aller Welt.

Die Warnung der fünften Frau.

Eine im Wöhringer Kreis erscheinende Zeitung brachte kürzlich eine Anzeige, in der ein Altküfer Hermann Schwarz alle Leute warnt, seiner Frau etwas zu borgen, da er für nichts aufkomme. Frau Schwarz blieb ihrem Ehegatten die Antwort nicht schuldig, indem sie in einer späteren Nummer derselben Zeitung die folgende Erklärung erteilte: „Erkläre hiermit, daß es mir nicht einfallen wird, auf den Namen meines Mannes, des Altküfers Hermann Schwarz, etwas zu borgen, da er selbst nichts besitzt. Auch warne ich als fünfte Frau die sechste, sich mit ihm zu verloben. Ich würde es auch lieber sehen, nicht Frau Schwarz, sondern Frau Böll genannt zu werden. Frau Rentier Schwarz, verwitwet gewesene Böll, Schnellwalde, Ostpreußen.“ — Ob sich die „sechste“ Frau nun auch wirklich warnen läßt?!

Er will es nie wieder tun.

In einem Hause auf der Dorst bei Dattingen fand man den betagten ehemaligen Dreher August Jodum in seiner Wohnung tot vor. Der alte vereinsamte Mann, der früher bessere Tage gesehen hat, hatte, offenbar in einem Schwermuttsanfall, selbst Hand an sich gelegt. In einem hinterlassenen Schreiben bittet er um Verzeihung für den unseligen Schritt; „er werde es gewiß nie wieder tun“.

Ein Butterparadies scheint die Stadt Freybadt in Westpreußen zu sein. Der Leiter der dortigen Molkerei hat sich nämlich, wie die „W. Z.“ erzählt, zur Einführung von Butterkarren veranlaßt gesehen, auf die fortan jede Familie täglich „nur“ ein halbes Pfund Butter kaufen darf. Bisher konnten viele Familien nicht befriedigt werden, weil die Butterkammer oft mit Hilfe fremder Kinder große Vorräte kauften und diese dann noch außerhals schickten.

Wüstungslück auf dem Rellensee. Auf dem Rellensee bei Münsdorf unternahm sechs Angehörige des Garde-Landsturm-Bataillons „Münsdorf“ eine Fahrt, wozu sie ein Wasserrad benutzten. Pflösch hörte man laute Pflösch. Das Fahrzeug war gelenkt und seine Insassen kämpften mit den Wellen. Jünge von ihnen, die sich am Wasserrad festzuhalten vermochten, konnten von auf Rähnen zu Hilfe kommenden Sommergästen und Soldaten mit Rähne gerettet werden. Feldwebel Jahnke von der in Wollen liegenden 1. Kompanie genannten Truppenteils ging im Wasser unter und kam nicht mehr zum Vorschein. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. (2)

Explosionsunglück bei Köln. Wie aus Köln gemeldet wird, fand auf den dortigen Rüstwerken in Rülheim gestern eine Kohlenstaubexplosion statt, wobei fünf Arbeiter sehr schwer verletzt wurden. Bei zweien ist der Zustand hoffnungslos.

Ein Einarmiger als Vatermörder. In Straßlen erschlug der einarmige Arbeiter Weigmann im Streite seinen Vater, indem er ihn mit einem faulstidigen Knüttel mehrere Male über Kopf und Rücken verprügelte.

Töbliche Jagdunfälle. Aus Verleben erschloß auf einer Treibjagd, die, wie aus Luxemburg gemeldet wird, gegenüber Götternach auf preussischem Gebiet nachts stattfand, der Förster des luxemburgischen Jagdpächters verächtlich den deutschen Kriegsinvaliden Lohs aus Herschweiler. — Der hürtigische Großindustrielle, Porzellanfabrikbesitzer Max Gutfenreuter aus Probstzella wurde im Walde mit einer Schutzhunde in der Brust tot aufgefunden. Es wird angenommen, daß H. auf der Jagd, an der er teilgenommen hatte, einem unglücklichen Zufall zum Opfer gefallen ist.

Preiswertes Angebot:



Leiser

Kinder:	Damen:
Schwarz-Doxalbstiefel . . . 27-30 10,50 31-35 11,50	Robbox-Derby-Schnürstiefel 12,50
Braun Glanzlege 27-30 10,50 31-35 11,50	Lockblatt-Schnürstiefel mit schwarz, hellgrau u. dunkelgrau Stoffeinlagen Echtes Chevreau-Schnürstiefel mit Derby und Lackkappe 16,50
Knaben-Robchevreau-Stfl. 26-30 12,50	Prima braun Chev.-Schnürstiefel, erstkl. Material 19,50
Dackflsch: Robbox-Schnürstiefel, Lackkappe 11,90	Dackflsch: Chevreau-Schnürstfl. m. Derby 12,50
Herren:	Halbschuhe:
Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe 18,50	Chevreau-Schnürschuh mit Lackkappe 14,50
Doxalbstiefel mit und ohne Lackkappe und Derby . . 21,50	Lockblatt-Schnürschuh mit feinem matt Leder Hinterleil Braun Chevreau-Schnürschuh 15,50

Friedrichstraße 179
Zaunhauerstraße 20
Königsstraße 34
Leipziger Straße 65
Draußenstraße 47a
Moabit, Turmstraße 50
Müllerstraße 30
Oranienstraße 34
Reuthof, Bergstr. 7/8
Friedenau, Ackerstr. 14

Für Wanderungen & Ausflüge

Wenn die Sonne lacht:

Wenn's trübe ist:

Helle Kleider	8 ⁷⁵ 14 ⁷⁵ 17 ⁵⁰	Regenmäntel <small>imprägn. Stoffe</small>	26 ⁵⁰ 29 ⁷⁵ 34 ⁵⁰
Weisse Röcke	3 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ 9 ⁷⁵	Regenmäntel <small>seidenart. Gewebe</small>	34 ⁵⁰ 39 ⁷⁵ 49 ⁰⁰
Weisse Blusen	1 ⁷⁵ 3 ⁵⁰ 5 ⁵⁰	Farb. Jackenkleider	27 ⁵⁰ 32 ⁵⁰ 37 ⁵⁰
Leist-Mäntel	19 ⁷⁵ 24 ⁵⁰ 29 ⁷⁵	Sommermäntel	12 ⁵⁰ 16 ⁵⁰ 19 ⁷⁵
Moiree-Mäntel	26 ⁷⁵ 29 ⁷⁵ 36 ⁰⁰	Sommerjacketen	7 ⁵⁰ 11 ⁵⁰ 17 ⁵⁰



C & A
BRENNINKMEYER & CO. B.H.

Rönigstraße 33 am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseest. 113 beim Stettiner Bahnhof
Sonntags geschlossen!

Deutsches Theater.
Allabendlich 8^{1/2} Uhr:
Die Familie Schmek.
Kammerspiele.
Allabendlich 8^{1/2} Uhr:
Der Floh im Panzerhaus.
Volksbühne. Theater a. Blönowpl.
Allabendlich 8^{1/2} Uhr:
Ein Sommernachtstraum.

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8^{1/2} Uhr: Kameraden.
Komödienhaus
8^{1/2} Uhr: Der 7. Tag.
Berliner Theater
8^{1/2} U.: Wenn zwei Hochzeit machen!

Theater am Sonntag, den 23. Juli.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: **Boccaccio.**
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
8^{1/2} U.: **D. Dreimäderlhaus**
Gehr. Herrnsfeld-Theater.
Wiedereröffnung 29. Juli:
Wachsmanns Hühnerhof.
Herrnsfeld, Berisch, Grünecker.
Kleines Theater
8^{1/2} Uhr: Die Prinzessin und die ganze Welt.
8^{1/2} Uhr: Liebelele.
Komische Oper
8^{1/2} U.: Der selbige Balduin.
Lustspielhaus
8^{1/2} U.: **Brauchbar & Fix.**

Rose-Theater.
8^{1/2} Uhr: Wenn die Siegesglocken läuten.
Gartenbühne: Es gibt nur ein Berlin.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich
Auf hoher See.
Vollständ. in 5 Bildern von Wilten.
Erstklassiges Varieté-Programm.
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Admirals-Palast
Heute 2 Vorstellungen
4^{1/2} und 9 Uhr.
Das herrliche Eisballett
Frau Fantasie.
Nachm. kl. Preise, abd. 2.3, 4 M.

Lessing-Theater.
Allabendlich 8^{1/2} Uhr:
Lumpacivagabundus.
Sommerpr. Keine Vorverkaufsgab.
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 8^{1/2} Uhr:
Die selbige Exzellenz.

URANIA Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.
Montag 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Metropol-Theater
8^{1/2} U.: Die Großherzogin v. Gerolst.
Schiller-T. Charlottenb.
8 Uhr: **Alt-Heidelberg.**
Thalia-Theater
8^{1/2} U.: **Blondinchen.**
Theater am Nollendorfpl.
1^{1/2} U.: **Immer feste druff!**
Theater des Westens
4 Uhr: Das Glück im Winkel.
1^{1/2} U.: **Das Glücksmädel.**
Trianon-Theater
4 Uhr: Der Störenfried.
8^{1/2} U.: Was werden d. Leute sagen

300
Heute:
Gr. Militär-Konzert.
Zoo je 50 Pf. Aqua
Aquarium.

Walhalla-Theater.
Anfang 8 Uhr.
4^{1/2} Uhr: Garten-Vorstellung.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Schippers Heimkehr.
Anfang 8 Uhr.

Palast
Theater am Zoo
Heute
2 Vorstellungen 2
3^{1/2} und 8 Uhr.
Nehm. jd. Erwachs. 1 Kind frei.
In beiden Vorstellungen
die neuen **Juli-Schlager**
und
Der Zug nach dem Balkan.
Das Zugstück v. Berlin.

Bekanntmachung. Städtische Volkspeisung.

Am 31. Juli wird auf dem Grundst. der städtischen Gärwerk, Sellenstr. 16-31, die vierte städtische Zentralküche eröffnet. Weitere Küchen in den anderen Stadtteilen folgen in kurzer Zeit. Die Ausgabe der Teilnehmerarten erfolgt bei den zuständigen Brotkommissionen und zwar vorläufig nur für die Bewohner der zu diesen gehörigen Strassen. Aus nachstehender Zusammenstellung ergibt sich, wo die Teilnehmerarten zu haben und die Speifen zu entnehmen sind:

Kartenausgabestelle (Brotkommission)	Speisenausgabestelle
Radenstr. 12 (Kommission 152), Plantagenstraße 15 (Kommission 163)	Gemeindeschule Radenstr. 12, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 19)
Rällenstr. 158/159 (Kommission 163), Klauffshoustr. 19 (Kommission 154), Röttiger Str. 38 (Kommission 155)	Gemeindeschule Rällenstr. 158/159, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 20)
Schulstr. 100 (Kommission 160), Seefstr. 84 (Kommission 161), Antonstr. 10/11 (Kommission 162)	Gemeindeschule Schulstr. 99/100, Ein- gang Reinsendörfer Str. 56, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 21)
Vankstr. 20/22 (Kommission 164), Wöttgerstr. 17 (Kommission 165)	Gemeindeschule Wöttgerstr. 15 Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 22)
Schnstr. 100 (Kommission 160), Reckliner Str. 4 (Kommission 170)	Gemeindeschule Kristianistr. 35/39, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 23)
Pringenallee 8 (Kommission 166), Straße 4a (Gemeindeschule 43) (Kommission 167), Pringenallee 62/64 (Kommission 168)	Gemeindeschule Kristianistr. 4/6 Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 24)

Wer nicht weiß, wo sich die Geschäftsstelle seiner Brotkommission befindet, erklärt dies bei seinem Hauswirt oder Hausverwalter. Die Ausgabe der Speifen erfolgt täglich (auch Sonntags) von 12-2 Uhr. Es werden ganze Portionen zu 40 Pf. und halbe Portionen zu 20 Pf. ausgegeben. Die Teilnahme kann nur wochenweise, beginnend am Montag, stattfinden, jedoch ist zulässig, die Teilnehmerarten für mehrere Wochen zusammen zu entnehmen. Wer teilzunehmen wünscht, hat sich bei der für seine Wohnung zuständigen Brotkommission in der Zeit von Montag bis Donnerstag der der Teilnahmewoche vorhergehenden Woche, also zum ersten Male in der Zeit vom 24. bis 27. Juli, während der Geschäftsstunden der Brotkommission zu melden und die für die Teilnahmewoche geltenden Fleischkarten und Kartoffelkarten vorzulegen.

Berlin, den 19. Juli 1916.
Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
302 V. Spieß, 16. **Wermuth.**



Die Bezahlung kann täglich erfolgen, indes besteht die Verpflichtung, die Speisen die ganze laufende Woche hindurch zu entnehmen. Die Bezahlung kann aber auch Sonnabends für die nächste Woche im Voraus oder Mittwoch für die letzten drei Tage der Woche im Voraus erfolgen. Bei Entnahme der Speisemarken sind die Fleisch- und Kartoffelkarten vorzuzeigen.

Es werden abgetrennt: für eine ganze Portion von den Fleischkarten sieben Zehntel, von den Kartoffelkarten zwei Drittel der Abzente für die laufende Woche, für eine halbe Portion von den Fleischkarten vier Zehntel, von den Kartoffelkarten ein Drittel der Abzente für die laufende Woche.

Freiproportionen werden nur auf Anweisung der zuständigen Kriegsunterstützungs-Kommission oder der Armenverwaltung verabreicht, bei denen entsprechende Anträge rechtzeitig zu stellen sind.

Der Betrieb der Volkstüche im Hause Florast. 92 wird mit Eröffnung der Kriegstüchen geändert und dem Betriebe der Kriegstüchen angepaßt. Die für diese geltenden Bestimmungen treten alsdann auch für die Volkstüche in Kraft.

Lebensmittelverkauf der Gemeinde Mariendorf.

Die Gemeindeverwaltung hat jetzt mit dem Verkauf der von ihr beschafften Nahrungsmittel begonnen. Im Polizeidienstgebäude werden verkauft: Rohrübchen ohne Kraut und Weizbrot für 15 Pf. das Pfund, Schoten 2 Pfund 15 Pf.

In den Privatgeschäften werden auf Lebensmittelkarten bis Montagabend auf jede Karte zwei Eier abgegeben. Ferner gelangen zum Verkauf: Salze in Dosen, Mind- und Schweinefleisch 1 Kilo 4,50 M., 1/2 Kilo 2,25 M., Grieß für 45 Pf. und Graupen für 40 Pf. pro Pfund. Von den beiden letzten Artikeln wird bis zum 20. Juli auf jede Lebensmittelkarte ein Viertelpfund abgegeben.

Kriegsfürsorgebeschlüsse im Potsdamer Stadtparlament.

Die Potsdamer Stadtverordneten bewilligten in Berücksichtigung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Volksernährung zur Speisung unterernährter Schulkinder und für rückständige Zuschüsse zur Lebensmittelfürsorge einen Beitrag von 1834,80 M. Ferner einen für die städtischen Beiträge von 13 Pf. für jedes in der Bürgerweiche in den Monaten Juli und August zu verabfolgende Mittagessen bis zum Betrage von 6500 M. Bezweckt wird dadurch, den Preis des Mittagessens auf 20 Pf. für jede Person beizubehalten, während die Herstellungsstellen 80 Pf. betragen. — Nach mehrstündiger Beratung wurde eine Sitzung genehmigt, die allen Kriegserkrankten und Kriegserkrankten freien ärztlichen Behandlung durch die gesamte Potsdamer Ärzteschaft und freie Arzneiverordnung und Verabfolgung von anderen Heil- und Stärkungsmitteln zusichert. Der in Frage kommende Versorgungsbeitrag umfaßt ungefähr 5000 Personen und zu ihnen gehören auch die unehelichen, Adoptiv- und Stiefkinder gefallener Krieger. Die Ärzte werden nach Einzelleistungen gegen monatliche Rechnungslegung honoriert; die Behandlung erstreckt sich in dringenden Fällen auch auf Wohnungs- und Nachbesuche und wird gegen Leberweinschinken des Wohlfaßauschusses begonnen. Hierbei hatte sich die Verwaltung grundsätzlich zu entscheiden, ob sie nur mit dem Ärzteschaftsverband oder mit allen Potsdamer Ärzten in Verhandlungen treten wolle. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, alle Ärzte Potsdams bei dieser Fürsorgemaßnahme in Anspruch zu nehmen, die vorläufig bis zum 30. September in Aussicht genommen ist. — Die Einsetzung eines gemischten Ausschusses zur Beratung über das Projekt des Rathausesausbaues und des durch die Verlegung der städtischen Verwaltung nach dem Palast Barberini bedingten Umbaus dieses Palastes wurde in vorgezogener Stunde von der Mehrheit auf ein Jahr vertagt.

Zur Mitgliederversammlung in Tempelhof.

Im letzten Bericht über die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Tempelhof, letzter Absatz, heißt es: „Es wurde beschlossen, die Delegierten zu beauftragen, bei der Prüfung der Mandate der Neuhäuser Delegierten und bei der Prüfung der Mandate der Neuhäuser Delegierten und bei der Prüfung der Mandate der Neuhäuser Delegierten...“

Häuser Wahlverein angenommenen Resolution verlesen wurde, sind die Mitglieder zu der Ansicht gekommen, daß auf Grund dieser Resolution kein Antrag vorliegt, die Mandate für ungültig zu erklären.“

Kinderveranstaltungen in Neutölln.

Am Donnerstag findet wieder ein Ausflug nach Rudow statt. Treffpunkt 8 1/2 Uhr auf den bekannten Sammelplätzen. Die Eltern werden gebeten, den Kindern etwas gemahlene Kaffee mitzugeben.

Kinderausflüge in Steglitz.

Während der Schulferien finden die Ausflüge der Kinder nach dem Brunenwald wöchentlich an drei Tagen (Montag, Mittwoch, Freitag) statt. Treffpunkt pünktlich nachmittags 2 Uhr am Bahnhof Steglitz, Rathhausseite. Rundvortrag ist mitzubringen. Bei ungünstigem Wetter wird im Jugendheim, Aniehoffstr. 59, Ecke Jeverstraße, gespielt. Die Parteigenossen werden ersucht, ihre Kinder zu reger Beteiligung anzuhalten.

Parteiveranstaltungen. Nieder-Barnim.

Den Genossen zur Kenntnis, daß das Kreisbüro von nächster Woche ab die ersten drei Tage der Woche auf drei Wochen geschlossen bleibt.

Steglitz. Dienstag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-versammlung der Schellhase, Alhornstr. 15a. Tagesordnung: Bericht von der Verband- und Kreisgeneralversammlung. Vereinsangelegenheiten. Mitgliederbuch legitimiert.

Frauenleseabende.

Zweiter Wahlkreis. In folgenden Lokalen: Borgfeld, Priesenstr. 4; Prädlich, Wäckerstr. 56; Wörlich, Bismarckstr. 9. — Der Lesabend für den Westen fällt aus.

Dritter Kreis. Der Lesabend fällt diesen Monat aus. — Dafür heute Sonntag, Familienausflug mit Kindern nach dem Restaurant „Sankt Pauli“, bei Herdbruch. Abfahrt Schlesischer Bahnhof 9,45 Uhr vormittags bis Sadoma. Regte Beteiligung auch der Lesabendteilnehmer wird erwartet.

Oberschöneweide. Der Frauenleseabend findet bei Pamp, Wilhelmshofstr. 43, statt.

Frauenveranstaltungen.

Mariendorf. Statt des Lesabends findet am Montag, den 24. Juli, ein Ausflug nach Mariensfelde statt. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr, bei Bruchel; für Radfahrer von 4 Uhr ab, Restaurant Striße, Mariensfelde, Großbeerenstraße, am Bahnhof.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Jugendbildungsverein. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Rosenstr. 4. Tagung mit dem Verein Arbeiter-Jugendheim. Tagesordnung: Erwiderung auf den Vortrag des Herrn S. Kagenstein über Jugendbewegung.

Eingegangene Druckschriften.

„Arbeiterpolitik“. Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus. 5. Heft. Erscheint wöchentlich einmal im Umfange von 8 Seiten. 60 Pf. pro Monat. — Verlag in Bremen, Kammardstr. 23.

Der 1. August und die hamburgische Politik. Eine Anregung von Jullien. 80 Pf. — A. Janssen, Hamburg.

Zum fremdsprachlichen Schulunterricht der Zukunft. Von Konrad E. Schmid. 30 Pf. C. Kochs Verlagbuchhandlung, Nürnberg.

Die städtischen Gemeinden und der Kleinwohnungsbau. Von Dr. Ing. Krusch. 3,50 M. J. Kaumanns Buchhandlung, Dresden-A., Ballstraße.

Zahnbuch der Kriegsklassen. 17. Jahrg. 1916. Herausgegeben von Kapitänleutnant B. Weger. Geb. 6 M. J. J. Lehmann, München.

Balkan und naher Orient. 14 Beiträge. Herausgegeben von Dr. L. G. W. 7 M. — J. Deuticke, Leipzig und Wien.

Wiking-Bücher. Bd. 20: Des Kaisers Leinw. Tochter. Von Olga Wiking. — Bd. 21: Des Wälder's Fiede. Von R. Fuchs. Pilska. Einzelband in Leinen 1 M. Verlag der Wiking-Bücher, Leipzig. Die ich meinen Jungen das „Glückselig“ mir erlangen. Dargestellt durch Lehrer A. Neumann. 75 Pf. Gesellschaft für Erziehung, Weisbaden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten S. IV, 2. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 6 1/2 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Quittbogen und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwöhnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Wartbe 70. Den Antrag können Sie schriftlich oder mündlich bei der Polizei stellen. — A. S. 1. 1. Ja. 2. Käufer und Verkäufer haften für die Steuer. Ist nichts anderes vereinbart, so hat in dem Verhältnis gegeneinander Teilung stattzufinden. — A. S. 1. Den Antrag auf Rentenfestsetzung können Sie bei dem Kreisfeldwebel stellen. — G. S. 35. 1. Die Praxis ist gegen die Zulässigkeit einer Versicherung in Ihrem Fall. Haben Sie ein Gehalt und verdienen Sie trotzdem, 2. Versicherung liegt nicht vor. Es kann noch geändertes werden. Stellen Sie einen Antrag auf Niederlegung oder Erlass der Steuer. — G. S. 13. 1. Kriegsgeldanteile haben genau dieselben Rechte, wie alle anderen Güter. 2. Was Sie anführen, kann als Scheidungsgrund erachtet werden. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde zur näheren Darlegung vor. — G. S. 10. Wegen Herzfehler dauernd untauglich. — A. S. 74. Ein Antrag hat wenig Aussicht auf Erfolg, ist aber nicht völlig aussichtslos. Leider ist die von Ihnen angelegene Bestimmung über das Neuen eines Teils der Invalidenrente nicht aufgehoben. — G. S. 34. 1. Die vom Reich zu erhaltende Unterstützung beträgt für die Frau 15 M., für das Kind 7,50 M. monatlich. 2. Die Kreisunterstützung ist keine einbehaltene. Wegen derselben mühte die Frau sich an den Kreisamtschef (Landratsamt) wenden. — A. S. 1914. Das Kapitalabfindungsgehalt tritt mit dem 25. d. M. in Kraft. Der Antrag ist seitens der Rentenempfänger an den Bezirksfeldwebel, seitens der Witwen an die Disziplinärbehörde zu richten; der Inhalt des Beschlusses ist im „Vormärk“ vom 16. d. M. wieder gegeben.

W. S. 100. Eine Widerrage wegen falscher Anschuldigung wäre hinsichtlich der Bekämpfung der Behauptung der Klägerin den Sachverhalt darzulegen und Zeugnisse anzugeben. Sonst erübrigt, leidet die Klage daran, daß ein Sühnevertrag nicht angeführt ist. — D. 17. 1. Die Mutter mühte sich an das Amtsgericht als Vormundschaftsgericht wenden. 2. Während des Krieges würde eine Klage unzulässig sein, ebenso eine Bindung. — S. J. Adress. 110. So, der Mann soll seinen Anspruch geltend machen. — A. S. 100. 1. Das Gewerbegericht ist zuständig. Wenden Sie sich aber vorher an die Gewerkschaft, den Schneiderverband. 2. Vormannfrage 13, zwischen 9-1 und 4-7 Uhr. — G. S. 17. 1-3. Von den Invalidenversicherungsbeiträgen zahlt die Herrschaft und das Dienstmädchen je die Hälfte. Zur Krankenversicherung trägt das Dienstmädchen zwei Drittel, die Herrschaft ein Drittel bei. Die Herrschaft dem Mädchen zur Last fallenden Beiträge können vom Lohn abgezogen werden, jedoch nur von den auf die Fälligkeit folgenden zwei Zahlungsperioden.

W. 100. Nein, erst bei einer Anstellung über zehn Jahre. — W. 61. 2. Sie haben in diesem Falle keinen Anspruch auf Unterstützung, da die Bedürftigkeit bei Ihrem Einkommen verneint wird. — A. S. 20. An das Militärbüro des Regiments, Klosterstr. 67. — W. S. 16. Für die verschiedenen Sorten und in der Nummer 92 unseres Blattes vom 2. April. Einzeln in Ihrer Expedition oder auch bei uns. — R. S. 124. Kriegskinderpende deutscher Frauen, Privatanzahl der Frau Kronprinzessin, Potsdam. — G. S. 60. Wenden Sie sich an den Verband der Landarbeiter, Michaelstraße 11. — W. S. 71. Ausschick für deutsche Gefangene, Hamburg, Ferdinandstr. 75. — S. S. 55. Mit dieser Frage müssen Sie sich an den Verband der Schneider wenden, Sebastianstr. 37-38.

Briefkasten der Expedition.

J. G. 1848. Um Ihre Postkarte beantworten zu können, bitten wir um gefl. Angabe Ihrer genauen Adresse.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag.

Mäßig warm, vielwolkeig, aber veränderlich. Im Norden, besonders östlich der Oder, zeitweise zahlreiche leichte Regenfälle. Im Süden frühweiser Gewitter.

Dr. J. H. Ziegler: Die Umwälzung in den Grundanschauungen der Naturwissenschaft.

Verlag J. Neumann, Neudamm, Leipzig. S. 155. M. 2,70. Die Physik hält bis heute den Glauben an die Unerforschlichkeit der ewigen oder unbedingten Wirklichkeit aufrecht. Und daher gründet sie alle ihre Erklärungen auf log. Hypothesen, d. h. auf lauter unklare Voraussetzungen. Ziegler dagegen zeigt das Widersinnige dieser Methode und lehrt uns alle Dinge durch folgerichtige Ableitung aus dem Ewigen, als dem Unveränderlichen, Unerschöpflichen und Unverletzlichen. Damit werden die Dinge erst leicht- und allgemeinverständlich. Das kleine Buch sollte daher von jedermann gelesen werden.

Für Rheumatiker und Nervenleidende.

Ein Trost für Kranke. Herr B. Müller, Hannover, schreibt u. a.: „Ende Oktober fing bei mir Rheumatismus in den Füßen an und verbreitete sich nach und nach über Beine, Arme und Rücken. Ich nahm ärztliche Hilfe in Anspruch, aber vergebens. Was ich seitdem an Quacksalberei verbrauchte, glaubt kein Mensch. Beinahe hätte ich in der Zeit von Toga, und wie ich hoffte, brachte es mir besten Erfolg. Am dritten Tage fing mein Rheumatismus an, im Körper zu wandern. Am vierten Tage waren meine Füße schon vollständig frei von Schmerzen, und so wurde es immer besser.“ Ebenso wie Herr Müller bejähren viele Hunderte die rasche und sichere Wirkung des Toga bei Rheumatismus, Schlah, Gelenkschuh, Gicht, Schmerzen in den Gelenken und Muskeln, bei allen Arten von Nerven- und Kopfschmerzen und dergl. Es wird garantiert, daß es hilft und das es unerschöpflich ist. Toga-Tabletten sind zu billigem Preise in jeder Apotheke erhältlich.

Wirklich brauchbare Ersatz-Ohno Brotkarte! Schmierseife. Ztr. 36. — 1/2, 10.50, 10-Pfd.-Eimer 5 M. E. Kristeller, Berlin W 64, Bülowstr. 80.

Möbel-Angebot.

Selbstverfertigte Möbelstücke liefert Spezial-Ein- und Zweibett-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten N. 3 an die Expedition des „Vormärk“.

Wichtig für Herren!

Während des Krieges gibt Erste Herrenkleiderfabrik Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß im Einzelverkauf vom großen Fabriklager ab. Verkaufzeit: 10-6 Uhr, Sonnabend 10-8 Uhr, Molkenmarkt 7/8 IV, Fahrstuhl.

MÖBEL liefert gegen bar und auf Kredit unter günstigsten Zahlungsbedingungen B. FEDER Norden: Brunnenstrasse 1 Osten: Frankfurter Allee 350 Süden: Kottbuser Uamm 103 Westen: Charlottenburg, Scharenstr. 5, Ecke Wilmersdorfer Str. Vollständige Wohnungs-Einrichtungen in jeder gewünschten Preislage Herren-, Speise-, Wohn- u. Schlaf-Zimmer, Salons, farb. Küchen Grosse Auswahl Inserat mit 5 Mark Wert

Die Zarengeweibe Sturmschreie aus hundert Jahren u. Herausgegeben von Dr. Franz Diederich In bestem Umschlag gebunden 50 Pfennig Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarismus, der Rußland blutig knechtet u. Europa barbarisch bedroht. — Die Zarengeweibe ist ein Kampfbuch voll Unerbittlichkeit, aus dem Sturm des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen

Westmann's Trauermagazin Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahländerungen sofort. Amt Zentrum 7890. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Zigaretten direkt ab Fabrik — völlig versteuert — A. 1,8 Pfl. 100 St. 1,30 M. G.-u.-o.-M. B. 3 100 1,90 C. 4,2 100 2,40 M. Goldmst. D. 6,2 100 3,75 Garant. frische u. gute Ware. Bei Abnahme v. 3500 sortiert 2/3, Rabatt. Versand nur geg. Nachn. Ins Feld nur geg. Voreinsend. Bei 1-Pfd.-Paket. 30 Pfl. Porto u. Verpack. extra Zigarettenfab. Wilh. Schnur Berlin N. 39, Chausseest. 86. Tel.: Norden 11766. Geöffnet nur Werktags v. 8-6 Uhr.

Mein Haarausfall hat vollkommen aufgehört Seit Jahren gingen mir dicke Strähnen aus, und das wenige Haar war ganz dünn. Da hörte ich von Ihrem Haarstrahlwasser und nach kurzem Gebrauch zeigte sich neues Wachstum. Es grenzt an das Wunderbare! Berlin, Wido Sch... Reichels Haarstrahlwasser Flasche 2,50. Spezialflasche. Die rationelle Haarpflege. Kostenfrei. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Obstpflanzung, Werder, 4 Morgen, 1000. — Anzahlung, Rest viele Jahre, billig, fest, verkauft sofort. Hilt, Charlottenburg, Reibnitzstraße 56. 162/110 Von der Reise zurück Dr. Zadek Oranien-Straße 139 II. Tel.: Moritzpl. 3630.

Schweißgeruch Übermäßige Schweißabsonderung an Händen, Füßen (Handschuhe), Achselhöhlen, Brust usw. wird auf naturgemäße, garantierte ungeschädliche Art beseitigt u. eine gesunde, normale Transpiration herbeiführt durch Reichel's Kosmetikum, das seit 25 Jahren als zuverlässig wirksam erprobt ist. M. 1,30 u. 2,50 M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Metallbeschlüßung D. R. G. M. Nr. 647656 u. 647909. Keine Vernagelung der Sohle mehr. Kein Solenitverbrauch. Jahresausgabe ca. 3-4 Mark. — Preis pr. P. 1,50 M. — 2,50 M. nebst 4 Erprobungen. Beim läch. Truppenteil im Probegebrauch. Jeder kann selbst besichtigen, Beschreibung beigefügt. Nachahm. verb. Diese Annonce wird als Bon mit 5% in Zahlung genommen. Bei Bestellungen wolle man genauen Papierauschnitt der fraglichen Sohle einleiten. Alleinverkäuferin f. Deutschl. R. Jendretzky, Leipzig-Anger. (154/5)

Spezialarzt für Haut-, Darm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Seimkrante jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedr. 81, Panoptikum, Spröhl. 9-11, 1/2 5-1/2, Sonntag 11-2. Honorar mäß., a. Teilzahl. — Separates Damenzimmer. Heines Werke 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Von wunderbar. Farbenpraecht! Calcutta Imit. Inderteppich Ganz dickes, smyrnartiges Gewebe auf crem. oliv. blau oder fraise Fond, von den echten Inderteppichen kaum zu unterscheiden, Gr. ca. 90x185 cm. . . . M. 10,50 130x195 16,50 160x225 25,00 190x295 37,50 250x350 58,50 300x400 78,50 Passende Bett- und Pult-Teppiche Stk. M. 3,50-4,75, 6,75. Nach auswärt. per Nachnahme. Teppich - Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstraße 158.

ZIGARREN Deutscher Rahn . . . pr. 100 St. 7,00 Wolke pr. 100 St. 9,00 Dago's-Zigarette, 2 Bl. pr. 100 St. 1,30 Falcon 3 Pf. pr. 100 St. 2,00 + Kriegszulage. D. Rund, Berlin N. Gr. Hamburger St. 1.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-222/6 störung, Teilzahlung. Sprechstunden: 10-1 und 5-8. Für Feldsoldaten! Deutsch-Polnisch 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Branchen-Versammlungen: Sargtischler!

Sonntag, den 23. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Merkmann, Gr. Frankfurter Str. 16.

Stockerarbeiter!

Dienstag, den 25. Juli 1916, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Staden, Michaelkirchstr. 24:

Abteilungs-Versammlung der Polierer, Bieger, Ausbieger u. Hobler.

Donnerstag, den 27. Juli 1916, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Staden:

Abteilungs-Versammlung der Raspler, Zusammenpaffer, Feiler und Schleifer.

Jede Abteilung muß durch mindestens 2 Kollegen vertreten sein.

Ramm- und Haarschmuckarbeiter u. -arbeiterinnen!

Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 Uhr, im Verbands-haus, Rungestr. 30, Hof parterre.

Tagesordnung: 1. Bericht über unsere Teuerungszulage. 2. Verbands- und Branchengleichheiten.

Bürsten- und Pinselmacher!

Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Krugmann, Kleine Andreasstr. 10, am Andreasplatz.

Tagesordnung: 1. Die Antwort der Zentralkommission. 2. Diskussion.

Achtung! Die Zahlstelle 42 ist von Admiralftr. 21 nach Kottbuser Str. 19 bei Ghlert verlegt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in Graumanns Festfalen, Rauhnhstraße 27.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl zur Agitationskommission. Wahl des Branchenvorstandes. 4. Ist unsere Bewegung beendet? 5. Diskussion. Zahlreicher Besuch ist dringend erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Berlin. Bureau: Engelauer 14/15, part. - Telefon: Amt Moritzplatz Nr. 8430. Geöffnet: Vorm. 9-12, nachm. 4-7 Uhr, Dienstag nachm. geschlossen.

General-Versammlung.

Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Voerer, Weberstr. 17.

Tagesordnung: 1. Kassen- und Geschäftsbericht vom 2. Quartal 1916. 2. Bericht vom diesjährigen Verbandstag in Stuttgart. 3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897.

Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser lieber Schwimmgast

Otto Hoffmann

ein Opfer der Schlacht geworden ist. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm.

Der Vorstand.

Gesangverein „Zukunft“ Nieder-Schönhausen. (M. d. A.-S.-B.)

Als Opfer des Weltkrieges starb unser lieber Sangesbruder

Karl Packbauer.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Sangesbrüder. Stimm schließt der Sänger!

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 6. Juli unser Genosse, der Bezirksführer

Friedrich Sielmann.

Ehre seinem Andenken! Bezirk 184 II. 4. Kreis.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Crigruppe Oberschöneweide.

Auf dem Kriegsschauplatz fiel im jugendlichen Alter von zwanzig Jahren unser Mitglied

Karl Schwarz.

Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 8. Juli 1916 unser Jugendfreund

Erich Woywode

Im Alter von 19 Jahren. In ihm haben wir den tapfersten Kämpfer für die Jugendorganisation für Stralau und Stralauer Viertel verloren. Wir werden seine Tätigkeit in ehrenlichem Andenken bewahren.

Die Jugendfreunde und Jugendfreundinnen.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Karl Witt

von der Gasanstalt Danziger Str. Ehre seinem Andenken!

Beerdigung am Montag, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Parkareal-Rickhofs in Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges starb den Helveten am 20. Juni 1916, nach 23monatigen Kämpfen, infolge eines Bauchschusses, mein innigstgeliebter Mann, mein guter, hoffnungsvoller Sohn, unser lieber Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Schütze

Willi Fleck

im 29. Lebensjahre. Er folgte seinem Bruder Paul nach zehn Wochen.

In tiefster Trauer Frau Ida Fleck geb. Lemko. Frau Auguste Fleck als Mutter. Max Fleck, in Gefangen- als Karl Fleck, z. B. im Felde } Brüder. Berta u. Elise Fleck } als Klara, Martha, } Schwägerinnen. Wally Elisabeth Lemko } Hermann Lemko nebst Frau als Schwiegersohn. Hermann Lemko, zurzeit im Felde als Schwager. Max Lemko als Schwager.

Ruhesauft! Du nimmst mich zurück, zerbrochen ist all mein Stolz, mein Glück. Zur Ausfahrt, da nimmt man die Besten. Im Walde, da hat mein Liebste begraben. Liebster Willi, Du starbst so jung, Du starbst so früh, Vergessen werden wir Dich nie!

Mein zu sein — drei Worte, leicht zu sagen, Und doch so schwer, so endlos schwer zu tragen. Ruh ruht Du still in Feindesland, weicht nicht, was ich liebe, Mir fehlt des Gatten rechte Hand, Mir fehlt ein Herz, das mich verstand, Mir fehlt des Lebens Freude, Bin ich auch einsam und betrübt, So trübt's mich doch immer wieder, Was sich auf Erden treu geliebt, Das findet sich im Himmel wieder, So schlaf denn wohl, Du vielgeliebter Walter Du, Meine Liebe bedt Dich zu! Deine unglückliche Ida.

Ein Opfer des Weltkrieges wurde am 6. Juli 1916 im blühenden Alter von erst 24 Jahren mein innigstgeliebter Mann und treuliebender Vater meines Kindes, unser unversehrter Sohn und Bruder, der Musikler

Artur Pannenberg

2. Komp. Ref.-Inf.-Regt. 206. Frida Pannenberg als Gattin. Hermann u. Martha Pannenberg als Eltern. 183%

Hermann } zurzeit im Felde Alwin } als Bruder. Walter } Ruhe sauft!

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. Juli 1916 mein unversehrlicher Mann, der Landsturmmann

Paul Hoffmeister.

In tiefstem Schmerz namens aller Hinterbliebenen

Berta Hoffmeister geb. Langert.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser einziger Sohn, der Häfiser

Max Wilde

im Ref.-Inf.-Regt. 203, 10. Kompagnie, auf dem Schlachtfelde infolge Brustschusses im Alter von 28 Jahren sein Leben ließ.

In tiefer Trauer P. Wilde und Frau geb. Janott als Eltern, Berlin, Tilsiter Straße 89. Emmi Gorend als Braut, Gr. Frankfurter Str. 61.

Am 2. Juli fiel als Opfer dieses Krieges mein innigstgeliebter Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwiegersohn Schwager und Onkel

Georg Goldbach.

In tiefstem Schmerz Martha Goldbach geb. Höhne nebst Angehörigen.

Ich hab' ein schönes, junges Glück befeuert, Ruh schlammert es auf ewig, unvergessen.

Verein der Metallschleifer Berlins und Umgegend.

(Untersützervereinigung.) Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 5. Juli unser Kollege, der Landsturmmann

Richard Menzel

Ref.-Inf.-Regt. Nr. 20, 1. Komp. Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl. Geschäftsstelle Groß-Berlin.

Am Freitag, den 21. Juli, verstarb unser Kollege

August Hoppe

(Bezirk Neudöhlen.) Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Montag, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Gemeindefriedhofes Brig. Chausseestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verwaltung Groß-Berlin. Nachruf.

Am 3. Juli er. verstarb unser Mitglied

Wilhelm Bettin.

Am 5. Juli er. verstarb unser Mitglied

Albert Lehmann.

Am 7. Juli er. verstarb unser Mitglied

Paul Baudach.

Am 17. Juli er. verstarb unser Mitglied

Karl Haase.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 3. Juli 1916 unser lieber Neffe und Cousin

Paul Lusansky

Unteroffizier im Inf.-Reg. 58, 7. Komp. Im tiefen Schmerz Familie R. Thäl. Familie G. Ulrich. Familie G. Brunglow. Berlin-Reinickendorf.

Das alles nur ist ihm geliebt, Vom Jugendlinge, vom Leben, vom Lieben Ruhe sauft in kühler Erde.

Hern von seinen Lieben starb den Helveten unter einziggeliebter Sohn und guter Bruder, unser Onkel, Neffe und Cousin

Hans Ashölter

(Ref.-Inf.-Regt. 209 von Rosen I. Btl. 4. Komp.) am 3. Juli 1916, drei Tage nach seinem 20. Geburtstag.

Karl Ashölter nebst Frau und Tochter Erna, Neudöhlen, Wipperstraße 17.

Der Dich gelamnt, weilt, was wir verloren, und ermit unsern Schmerz! Schlafe wohl! 0906

Hiermit erfülle die traurige Pflicht anzugeben, daß mein lieber Mann, der treuliebende Vater meiner beiden Kinder, unser lieber Schwager, Schwiegersohn und Onkel

Richard Menzel

als Landsturmmann im Reserve-Inf.-Regt. Nr. 20, 1. Komp., auf dem Felde der Ehre am 5. Juli 1916 gefallen ist.

Die trauernde Gattin Elisabeth Menzel geb. Renz nebst Kindern Erna und Willi. Ruhe sauft in Feindesland. Du starbst zu jung, Du starbst zu früh, vergessen werden wir Dich nie.

Männerchor „Oberspree“ W. d. D. A.-S.-B.

Allen Mitgliedern, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Sangesbruder

Hans Matern

am 21. Juli im Alter von 23 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Baumjohannweg statt.

Stimm schließt der Sänger. Der Vorstand. Die Sangesbrüder treffen sich um 3 Uhr im Lokal Strauß.

Als Opfer des Krieges fiel am 20. Juni 1916 unser herzenguter Sohn, Bruder, Neffe und Cousin, der Musikler

Willi Sturz

Ref.-Inf.-Regt. 52, 9. Kompagnie, im 21. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerz Die trauernden Eltern, Geschwister und Anverwandten, Baldenstraße 17.

Wenn die Gloden werden klingen zum Frieden einst, nach blutigem Streit, Dir, lieber Sohn und Bruder wird keine mehr erklingen, Du ruhest in Feindesland so weit. Wir haben nicht Dein brechend Auge, durstest nicht zum letzten mal die Hand Dir drücken. Nur wer mit uns sählt, wird unseren Schmerz ermessen, und nimmer werden wir Dich vergessen.

Ihm der Friede, und der Schmerz.

Hern von der Heimat fiel am 5. Mai mein über alles geliebter, unversehrlicher Mann, Vater unseres einzigen Kindes, der Gardeplonier

Gustav Schwarz.

Neudöhlen, im Juli 1916.

Ida u. Helmut Schwarz.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 7. Juli 1916 mein lieber, unversehrlicher Mann, unser herzenguter, treuliebender Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann

Leo Essing

Garde-Füßler-Regt. im Alter von 38 Jahren.

In tiefem Schmerz die trauernde Gattin

Emma Essing geb. Mielenz nebst Kindern Gerhard, Hans und Trudechen. 144%

Nieder-Schönhausen, Eichenstr. 9. Ruhe sauft in fernem Land.

Kurt Scior

Im blühenden Alter von fünfundsiebenzig Jahren.

Witwe Johanna Scior geb. Wenner. Max Scior und Frau a. Eltern. Witwe Pauline Wenner als Schwiegermutter. Bernard Scior (z. B. im Felde) und Frau. 095b

Gertrud Scior, Erich Scior, Anton Dirksmeier (z. B. im Lazarett) u. Frau Anna geb. Scior. Peter Müller und Frau Margarete geb. Scior. Paul Werner (z. B. im F.) und Frau. Richard Wenner u. Frau. Ida Wenner. Elisabeth Wenner. Emma Wenner. Geliebt, gehofft, kein Wiedersehen.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 25. Juni 1916 mein lieber, unversehrlicher Mann, herzenguter Vater meines einzigen Töchterchens, unser lieber Sohn, Bruder, Onkel und unser unversehrlicher Schwiegersohn u. Schwager, der Musikler

Franz Schalthoff

Inf.-Reg. 43, 3. Komp. im blühenden Alter von 35 Jahren.

Dies geht im tiefsten Schmerz an Martha Schalthoff geb. Schulz und Töchterchen Gertrud nebst allen Angehörigen. 114%

Unversehrlich bleibst Du den Feinden. In unsern Herzen lebst Du fort.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 4. Juli 1916 vom Granatsplitter getroffen, unser einziger, geliebter, unversehrlicher Sohn, der Musikler

Bruno Siebert

Reserve-Inf.-Regt. Nr. 23, im blühenden Alter von 20 Jahren.

In tiefem Schmerz Die trauernden Eltern Wilhelm Siebert und Frau Emma geb. Hagen und alle Verwandten.

Herta Werner als Braut. Sein letzter Wunsch, sein Sehnsuchtsbild, traf unsere Herzen schwer, Lebt wohl Ihr Lieben alle, wir leben's und nimmermehr. Ruhe sauft in freier Erde.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Anna Töllner

geb. Graul, am 22. Juli 1916 nach langem, schwerem Leiden im 52. Lebensjahre gestorben ist.

Im stillen Weile bittet im Namen aller Hinterbliebenen Paul Töllner als Gatte, Reinhold und Charlotte als Kinder.

Sparverein „Fester Wille“.

Nach 23monatigen schweren Kämpfen fiel am 6. Juli unser treues Mitglied

Friedrich Sielmann.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Der Vorstand.

Am 17. Juli 1916 fiel auf dem Felde der Ehre in zwei Jahre langem Kampfe mein herzenguter Mann, meines einzigen Kindes treuliebender Vater, unser unversehrlicher Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Befreite

Gustav Unholtz

im Ref.-Inf.-Regt. 35, 11 Komp., Ritter des Eisernen Kreuzes im blühenden Alter von 33 1/2 Jahren.

Dies zeigen tiefbetäubt an die trauernde Witwe Agnes Unholtz geb. Zeltner und Söhnchen Alfred.

Es ist ein schmerzhaft bitteres Leiden, auf nimmer, nimmer Wiedersehen. Ich, unter allen Erdenleiden kann tiefer keine zu Herzen geh'n. Geflossen ist Dein junges Blut für uns zu früh, Du warst so gut. So schlaf denn wohl, Du braver Mann, Du starbst zu jung, Du starbst zu früh, Vergessen werde ich Dich nie. Schlaf wohl, Du liebes Vaterherz, Du hast den Frieden, wie den Schmerz.

Agnes Unholtz Berlin N., Paruststraße 15.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied im Lazarett mein guter treuliebender Sohn, unser lieber, treuer Bruder, Schwager und Onkel, der Gefreite

Otto Behling.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen Ww. Auguste Behling nebst Kindern Ruhe sauft!

Die Beerdigung findet morgen Montag, den 24. Juli, nachm. 4 Uhr, auf dem Garnisonfriedhof, Müllerstr. 32, statt. 103b

Am 5. Juli fiel als Opfer des Weltkrieges durch Kopfschuß während eines Gefechts mein innigstgeliebter Mann, unser ältester Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Musikler

Kurt Scior

Im blühenden Alter von fünfundsiebenzig Jahren.

Witwe Johanna Scior geb. Wenner. Max Scior und Frau a. Eltern. Witwe Pauline Wenner als Schwiegermutter. Bernard Scior (z. B. im Felde) und Frau. 095b

Gertrud Scior, Erich Scior, Anton Dirksmeier (z. B. im Lazarett) u. Frau Anna geb. Scior. Peter Müller und Frau Margarete geb. Scior. Paul Werner (z. B. im F.) und Frau. Richard Wenner u. Frau. Ida Wenner. Elisabeth Wenner. Emma Wenner. Geliebt, gehofft, kein Wiedersehen.

Zum Sterbetage meines lieben, unversehrlichen Bräutigams, des Grenadiers

Hans Königs

gefallen am 21. Juli 1915. In schmerzlicher Erinnerung

Käthe Goldbach als Braut. Familie Goldbach.

Als Feld liegt Du gebettet, Nichts nicht von schwerer Zeit; Du bleibst mir unvergessen In alle Ewigkeit. 1002b

Wenig früh und fern von seinen Lieben starb in treuer Pflichterfüllung am 11. Juli durch Granatschuß unser herzenguter Sohn, der Befreite

Bruno Göhring

im blühenden Alter von 25 Jahren.

Albrecht Göhring nebst Frau geb. Münchshof als Eltern, Erster bei Berlin. Wilhelm Schulz nebst Frau geb. Göhring. Franz Göhring nebst Frau geb. Springer. Emil Simoneck, z. B. i. F., nebst Frau geb. Göhring. Heinrich Polsch nebst Frau geb. Göhring. Hans Göhring, zur Zeit im Felde. Gertrud Göhring.

In trauernder Erinnerung geduldet von all seinen Lieben, die ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren werden. 1392i

Wär' jeder so wie er, Gäh' weber Krieg noch Rot, Als Sohn des Volkes starb er, Getreu bis in den Tod.



Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen Kollegen.

- Hermann Bölter**, Schlosser, geb. 6. 7. 1884 in Berlin.
- Max Breuer**, Dreher, geb. 20. 2. 1888 in Reiche.
- Hermann Denisch**, Klempner, geb. 28. 12. 1877 in Stargardt.
- Wilhelm Dortschack**, Gärtler, geb. 24. 3. 1893 in Berlin.
- Hans Düseler**, Mechaniker, geb. 18. 2. 1891 in Stendal.
- Hermann Engel**, Schlosser, geb. 28. 10. 1879 in Birkenwerder.
- Alfred Fürstenberg**, Renteur, geb. 15. 3. 1886 in Berlin.
- Karl Goldacker**, Schraubendreher, geb. 18. 10. 1881 in Berlin.
- Hans Heeschen**, Former, geb. 3. 7. 1895 in Berlin.
- Emil Heyden**, Maschinenarbeiter, geb. 18. 10. 1884 in Langenhäuslingen.
- Wilhelm Hilmer**, Schlosser, geb. 23. 6. 1889 in Hamburg.
- Erich Jakubaschke**, Hilfsmonteur, geb. 17. 7. 1891 in Rixdorf.
- Hans Jung**, Schlosser, geb. 24. 6. 1893 in Berlin.
- Fritz Knispel**, Dreher, geb. 8. 8. 1896 in Schöneberg.
- Edmund König**, Keramiker, geb. 13. 12. 1885 in Wilmersdorf.
- Richard Menzel**, Schleifer, geb. 26. 2. 1879 in Berlin.
- Bruno Müller**, Dreher, geb. 20. 5. 1885 in Berlin.
- Rudolf Nehring**, Arbeiter, geb. 14. 7. 1893 in Berlin.
- Otto Prochaska**, Dreher, geb. 3. 2. 1892 in Reutbahn.
- Max Queisser**, Schlosser, geb. 10. 5. 1892 in Berlin.
- Georg Reetz**, Schlosser, geb. 31. 5. 1884 in Wilmersdorf.
- Alfred Schubert**, Schlosser, geb. 16. 8. 1895 in Berlin.
- Franz Schulz**, Arbeiter, geb. 8. 12. in Marienhal.
- Paul Seeland**, Schlosser, geb. 3. 1. 1894 in Berlin.
- Theodor Wendt**, Schlosser, geb. 11. 6. 1895 in Berlin.
- Erich Wojwoch**, Dreher, geb. 5. 11. 1895 in Berlin.
- Friedrich Wolter**, Schlosser, geb. 4. 6. 1884 in Potsdam.

Ehre ihrem Andenken!

102/1

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Zum Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

- Willi Bartels**, Möbelpollerer, 31 Jahre alt.
- Karl Domke**, Tischler, 41 Jahre alt.
- Gustav Frohmann**, Tischler, 36 Jahre alt.
- Hermann Hoffmann**, Möbelpollerer, 43 Jahre alt.
- Hermann Köhler**, Tischler, 38 Jahre alt.
- Alfred Lübke**, Tischler, 34 Jahre alt.
- Alfred Meßmann**, Möbelpollerer, 30 Jahre alt.
- Artur Pannenberg**, Tischler, 25 Jahre alt.
- Julius Schleifer**, Tischler, 43 Jahre alt.
- Willi Stüdemann**, Tischler, 26 Jahre alt.
- Hermann Traebert**, Tischler, 39 Jahre alt.
- Otto Wittrien**, Tischler, 41 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

89/5

Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltung Groß-Berlin.

Gefallen sind folgende Mitglieder:

- Karl Fleischhauer**, Bezirk Osten.
- Fritz Lachmann**, Niederlehme.
- Gustav Tiersch**, .
- Richard Vogel**, .
- Otto Heinrich**, Nichtenberg.
- Wilhelm Meier**, .
- Wilhelm Tieke**, Nordwest.
- Karl Möbus**, .
- Max Ronigkeit**, Reutbahn.
- August Zenk**, Osten.

Ehre ihrem Andenken!

55/12

Die Ortsverwaltung.



Die Einäscherung unseres verstorbenen Mitgliedes, Herrn **Otto Schellpeper** Berlin, Ebertstr. 50, findet Montag, den 24. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Berliner Krematorium, Gerichtsstr. 37, statt. Ehre seinem Andenken!



Oesterreich. Gesang-Verein „Sängerlust“, Sitz Moabit. Am 13. Januar 1916 starb als Opfer dieses Vorkommens durch Lungenschuss unser lieber Freund und Sangesbruder, der Feisler **Franz Hehn** I. I. Infanterie-Regiment Nr. 91, aus Ungarn, Grasmusstraße 9, im Alter von 31 Jahren. Sein Andenken wird uns unvergänglich bleiben. 58/19

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

- Am Juni 1916 fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse **Peter Frech** 1. Abt. Bez. 40. Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr. Das Mitglied **Josef Cesielski** Gastwirt, Ludauer Str. 3, 3. Abt., 233. Bezirk, ist am 20. Juni 1916 gefallen. Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 3. Berliner Reichstagswahlkr. Am 13. Juni fiel im Alter von 34 Jahren der Tischler **Gustav Kloß** Baldensteinstr. 7, Bezirk 182 I. Am 26. Juni fiel im Alter von 21 Jahren der Schriftfeger **Willi Sturz** Baldensteinstr. 17, Bezirk 193 I. Am 2. Juli fiel im Alter von 44 Jahren der Maler **Gustav Nieswandt** Estalher Str. 79, Bezirk 184 I. Am 3. Juli fiel im Alter von 27 Jahren der Feisler **Paul Schönborn** Reichenberger Str. 98a, Bezirk 207 II. Am 6. Juli fiel im Alter von 43 Jahren der Arbeiter **Martin John** Königsberger Str. 35, Bezirk 814. Am 6. Juli fiel im Alter von 29 Jahren der Metallarbeiter **Erich Wojwode** Gohlerstr. 15, Bezirk 298 II. Am 7. Juli fiel im Alter von 41 Jahren der Maler **Richard Weiß** Blumenstr. 83, Bezirk 256. Am 14. Juli fiel der Barbier **Heinrich Marschner** Forster Str. 47, Bezirk 201. Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise. Gefallen ist unser Genosse, der Lithograph **Paul Windisch** Spamer Str. 14, Abt. 5, Bez. 540, 26 Jahre alt. Am 3. Juli 1916 fiel unser Genosse, der Dreher **Max Breuer** Böhlerstr. 18, Abt. II, Bez. 644, im Alter von 28 Jahren. Im Felde fiel der Genosse **Gustav Unholz** Barfußer Str. 15, Abt. 23, Bez. 772a, im Alter von 35 Jahren. Am 20. Juni 1916 fiel der Genosse **Paul Schenke** Tischler, Schönhauser Allee 133a, Abt. 7, Bez. 573, 43 Jahre alt. Gefallen am 2. Juli 1916 ist der Genosse **Hans Heeschen** Former, Rostocker Str. 7, Abt. 14, Bez. 689a, 21 Jahre alt. Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr. Als Opfer des Weltkrieges fiel am 19. Juni 1916 im Alter von 21 Jahren der Maschinenarbeiter **Georg Berinskat** Rainiger Str. 22 I. Viertel. 13. Gruppe. Sozialdemokr. Wahlver. Niederbarnim. Bez. Lichtenberg. Als Opfer des Weltkrieges fiel am 2. Juli unser lieber Genosse **August Klopsch** im Alter von 38 Jahren. Sozialdemokratischer Wahlverein Rudow. Am 14. Juli fiel durch Kopfschuss unser Genosse, der Landsturmmann **Artur Kahle** IV. Bezirk. Sozialdemokr. Kreiswahlver. Niederbarnim, Bez. Wolfensee. 18/11

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.

- Im Felde sind folgende Kollegen gefallen:
- Barkhold, Karl**, Maurer, Bez. Reutbahn.
 - Behling, Otto**, Fußer, Bez. Gesundbrunnen.
 - Ebert, Karl**, Hilfsarbeiter, Bez. Wedding.
 - Finster, Adolf**, Maurer, Bez. Rahlsdorf.
 - Hohnert, Reinhold**, Einsteiger, Bez. Gesundbrunnen.
 - Kowalkowski, Franz**, Maurer, Bez. Wedding.
 - Kusche, Otto**, Stuckateur, Bez. Charlottenburg.
 - Raabe, Hermann**, Maurer, Bez. Rahlsdorf.
 - Reckzeh, Gustav**, Hilfsarbeiter, Bez. Nichtenberg.
 - Reichwald, Fritz**, Maurer, Bez. Rahlsdorf.
 - Seidel, Richard**, Maurer, Bez. Norden I.
- Ehre ihrem Andenken!
Die örtliche Verwaltung. 142/11

Im Verlauf des Weltkrieges fielen als Opfer auf dem Schlachtfeldern unsere Arbeitskollegen:

- Hans Köppe**, gefallen 12. 12. 1914.
 - Franz Krüger**, . 20. 12. 1914.
 - Karl Schunke**, Weischnachten 1914.
 - Otto Jung**, gefallen 27. 6. 1916.
 - Peter Frech**, . 3. 7. 1916.
- Ehre ihrem Andenken! 967/5
Die Kollegen der Tischlerei Kimbel u. Friederichsen.

Treues Gedenken

Im Sterbelage meines innigstgeliebten, unvergesslichen Gatten, meines lieben guten Vaters, Schwagers und Onkels, des Wehrmanns **Otto Grajek**, gefallen am 24. Juli 1915. Drei vor einem Jahr, da nahm der Weltbrand mit mein höchstes Glück, als welche holt ich meinen lieben Mann zurück. Um mich ist's traurig, um mich ist's leer, für mich gibt's keinen Frühling mehr. Das Auge füllt mit Tränen sich, keh ich an Deinem Grabe, denn es erinnert schmerzhaft mich, was ich verloren habe. Innig geliebt, schmerzhaft vermisst Deine liebe Frau und Tochter **Agnes Grajek, Klara Grajek, Doppelner Str. 88.** Ich, Du bist so früh geschieden, schuldlos sanft Du in das Grab, unser Gram und unsere Schmerzen bringen Dich, lieber Schwager, nicht mehr zurück. Ich, könnte ich nur einmal sehn, und hier an Deinem Grabe stehn. **Franz Krenzlin** als Schwager, 3. 8. im Felde, **Johanna Krenzlin** als Schwägerin, **Fräulein Krenzlin** als Nichte, Doppelner Str. 11. 141/11